

# SOLOTHURNER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.



### Nationalratswahlen Kanton Solothurn

Wir treten mit zwei vollen Listen zu den Nationalratswahlen an. Wir wollen diese Zukunft mitgestalten, welche die Politik von heute mit viel Ideologie, aber wenig Lösung vorantreibt. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Seite 4 und 5

### Neues Wirtschaftspapier

Die Delegierten der FDP Schweiz verabschiedeten in Dübendorf ein neues Wirtschaftspapier. Der Handlungsbedarf ist gross, umso wichtiger sind liberale Prinzipien: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel, dafür weniger Protektionismus.

Seite 11 und 12

### Neues Departement für Karin Keller-Sutter

Seit Anfang Jahr ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter nicht mehr Justizministerin, sondern Finanzministerin. Angesichts der angespannten Finanzlage steht die neue Departementsvorsteherin vor grossen Herausforderungen. Im Interview spricht Karin Keller-Sutter über ihren Start im EFD und weshalb gesunde Bundesfinanzen eine Notwendigkeit sind. Seite 14

### Kantonale Wahlen

Diesen Frühling finden gleich vier kantonale Wahlen statt. In Appenzell Ausserrhoden, Luzern, Genf und Tessin verfügt die FDP über eine starke Stellung. Die Kantonalpräsidentinnen und Kantonalpräsidenten haben unterschiedliche Rezepte, aber das gleiche Ziel: die Position der FDP halten und im besten Fall weiter ausbauen.

Seite 18 und 19

Fotos: Markus Wolf



## Wir haben nominiert!

### Delegiertenversammlung in Oensingen

150 Delegierte und einige Gäste trafen sich in Oensingen, um gemeinsam die Parolen für die kommende Abstimmung zu fassen und um den zwölf Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen 2023 den Rücken zu stärken. Die FDP.Die Liberalen tritt mit zwei stark besetzten Listen an. Der am gleichen Abend nominierte Ständeratskandidat Remo Ankli schätzt ein schlagkräftiges und gut durchmisches Team um sich.

Kantonalpräsident Stefan Nünlist eröffnete die kantonale Delegiertenversammlung (DV) und begrüßte die Delegierten im Rössli in Oensingen.

### Parole COVID-Abgeltung Solothurner Spitäler

Kantonsrätin Barbara Leibundgut erläuterte die Details zum Referendum «Abgeltung Ertragsaus-

fälle und Mehrkosten soH aufgrund COVID-19 für das Jahr 2021». Die Ertragsausfälle sollen dort zum Tragen kommen, wo im Jahr 2021 coronabedingt ein Defizit entstand. Somit würden 12,1 Millionen Franken abgegolten. Umstritten ist, dass

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3–9 Solothurner Freisinn
- 10/11 Neues Wirtschaftspapier der FDP
- 12/13 Wir feiern 175 Jahre Bundesverfassung
- 14 Karin Keller-Sutter über ihren Start im EFD
- 15 Rückblick auf die Wahlen in Zürich und Baselland
- 16 Die Service-Citoyen-Initiative kurz erklärt
- 17 Ausblick auf die Frühlingssession
- 18/19 In vier Kantonen wird gewählt
- 21 Ein Jahr Krieg in der Ukraine
- 22 Damian Meier ist neuer Regierungsrat in Schwyz
- 23 Kolumne



## Wir machen die Schweiz stark!

### Auf in den Wahlkampf

#### Liebe Freisinnige

Die Schweiz feiert dieses Jahr die Gründung des Bundesstaates vor 175 Jahren. Damit feiern wir auch unsere Bundesverfassung, die durch liberal-radikale Kräfte erschaffen wurde. Diese vereinigten sich später im Freisinn, in unserer Partei. Wir feiern heuer folglich auch den Liberalismus in der Schweiz! Es erfüllt mich mit Stolz, dass Freisinnige mit Weitsicht, Mut und Besonnenheit die Grundsteine für das Erfolgsmodell Schweiz legten. Es basiert auf jenen liberalen Werten, welche uns heute noch leiten: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Diesem liberalen Fundament sind wir, die FDP, nach wie vor verpflichtet.

#### Hemmungsloser Ruf nach dem Staat führt in die Sackgasse

Verantwortliche Politik heisst auch, die Marktwirtschaft zu schützen und zu stärken. Denn sie sorgt für einen funktionierenden Sozialstaat. Einsatz für die soziale Marktwirtschaft heisst das Einstehen für Rahmenbedingungen, die dem Grundsatz des Wettbewerbs für alle entsprechen. Anlässlich der Delegiertenversammlung in Dübendorf haben wir Vorschläge und Lösungen für eine gesunde, starke Wirtschaft und ein vorausschauendes und innovatives Unternehmertum verabschiedet. In jüngster Zeit steht und stand die Schweiz vor gravierenden Herausforderungen. Als Ultima Ratio wurden umfangreiche Staatshilfen gesprochen. Der immer stärker werdende Ruf nach dem Staat führt aber langfristig in eine Sackgasse! Aus Bedürftigkeit wird Anspruch, aus freiem Willen wird Bevormundung. Eine gesunde Wirtschaft braucht den nötigen Gestaltungsspielraum für Innovationen und Investitionen. Unternehmertum braucht Freiraum für sein Wirken zum Wohle aller Menschen in diesem Land.

#### FDP wählen und Erfolgsmodell Schweiz erhalten

Wir müssen unserem Erfolgsmodell Schweiz Sorge tragen. Links-Grün spaltet unsere Gesellschaft zunehmend, indem sie Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt. Ihre Moralpolitik zwingt uns einen staatlich definierten Lebensstil auf und ihre ideologiegetriebene Verweigerungshaltung verhindert Kompromisse zur Lösung von anstehenden Problemen. So braucht es etwa zur Sicherung der Altersvorsorge die Kompromissbereitschaft aller! Auf der anderen Seite des politischen Spektrums will die SVP die Schweiz mit ihrer Abschottungspolitik isolieren. Sie verschliesst sich vor Realitäten, schimpft pauschal über die Migration und löst kein einziges Problem. Wir müssen Gegensteuer geben, denn die Schweizer Politik darf ihren starken liberalen Kompass nicht verlieren. Die FDP steht ein für ein freiheitliches, verteidigungsfähiges und offenes Land. Dazu gehören eine umfassende Sicherheitspolitik und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

#### Auf in den Wahlkampf

Die Kantonswahlen des letzten Jahres wie auch jene von Baselland und Zürich haben es gezeigt: Die FDP ist im Aufwind. Die Zugewinne kommen aber nicht von selbst, sie müssen hart erkämpft werden. Lasst uns also gemeinsam anpacken und die Wahlen gewinnen. Nur mit mehr Freisinn können wir das Erfolgsmodell Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft führen. Denn: Wir machen die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortsetzung von Seite 1

von 2020 auf 2021 das Berechnungsmodell geändert wurde. Dies gab insbesondere auch in der FDP-Fraktion einige Diskussionen. Der Rückweisungsantrag wurde dann jedoch durch den Kantonsrat abgelehnt.

Kantonsrat Daniel Probst betonte, dass er ungute Gefühle gegenüber dieser Vorlage habe. Würde nämlich die Berechnungsmethode von 2020 angewendet, hätten die soH gar keinen Anspruch auf eine Entschädigung.

Nationalrat Kurt Fluri erklärte, dass die kantonale Finanzkontrolle über die Bilanz und den Finanzplan der Solothurner Spitäler entscheide. Aus seiner Sicht sollten der Fairness halber die Zusatzaufträge und entgangenen Erträge entschädigt werden.

Die Delegierten fassten mit 89 Ja-Stimmen zu 31 Nein-Stimmen bei 21 Enthaltungen die Ja-Parole.



Kandidaten SR und NR

## Wahlen 2023

Unter der Leitung von Felix Hug, Chef Personelles, wurde in den letzten Monaten intensiv nach Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalrats- und Ständeratswahlen gesucht. Für das Wahlteam und die Partei ist es nun sehr motivierend, mit so einem überzeugenden Team für die Wahlen 2023 antreten zu dürfen.

## Nomination Nationalrat

Die Kandidierenden stellten sich kurz vor und legten ihre Motivation dar. (Mehr Informationen zu den Kandidierenden sind in dieser Ausgabe zu finden.)

Für die Liste Ost kandidieren folgende Persönlichkeiten:

- Bartholdi Johanna, Egerkingen, TG
- Fürst Thomas, Olten, OG
- Marti-Gubler Adriana, Kienberg, OG
- Probst Daniel, Olten, OG
- Spielmann Markus, Starrkirch-Wil, OG
- Thalmann Christian, Breitenbach, DT

Und für die Liste West:

- Dietschi Markus, Selzach, SL
- Hochstrasser Franziska, Gerlafingen, BW
- Leibundgut Barbara, Bettlach, SL
- Michel Simon, Solothurn, SL
- Misteli-Sieber Manuela, Biberist, BW
- Rufer Martin, Lüsslingen, BW

Per Akklamation wurden alle 12 Kandidatinnen und Kandidaten nominiert.

Die Jungfreisinnigen werden an ihrer Generalversammlung nominieren und ebenfalls mit zwei Listen für die Nationalratswahlen antreten.

## Nomination Ständerat

Regierungsrat Remo Ankli wurde vom Parteivorstand bereits zur Nomination als Ständerat vorgeschlagen. Er erläuterte seine Motivation (siehe Interview in dieser Ausgabe). Die anwesenden Delegierten nominierten Remo Ankli per Akklamation.



Verena Meyer

## Parole Staatsbeitrag für Gemeindezusammenschlüsse

Alt Kantonsrätin Verena Meyer-Burkhard, Gemeindepräsidentin der Fusionsgemeinde Buchegg, präsentierte die Details zum Referendum «Abbau Schranken Staatsbeitrag für Gemeindezusammenschlüsse». Sie erläuterte, dass zwischen 2014 und 2020 keine Beiträge für Fusionen durch den Kanton gesprochen wurden und darum in diesem Zeitraum auch keine Fusionen gemacht wurden. Der Kanton Solothurn hat viele kleinere Gemeinden, in welchen es zum Teil schwierig ist, genügend qualifizierte Personen für freiwillige Gemeindearbeit zu finden. Der Aufwand für eine Fusion ist für die Gemeinden hoch. Sobald jedoch fusioniert ist, ist der administrative Aufwand für den Kanton und die beteiligten Gemeinden tiefer.

Die Delegierten fassten mit 63 Ja-Stimmen zu 80 Nein-Stimmen die Nein-Parole.



Stefan Nünlist

## Schlusswort des Präsidenten

Stefan Nünlist bedankte sich für die Organisation der gelungenen Versammlung und motivierte dazu, die Wahlen als Chance zu sehen: «Der Wahlkampf muss genutzt werden, um den Dialog mit der Bevölkerung auf Augenhöhe zu finden und für das freisinnige liberale Gedankengut zu begeistern.»

**Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin**

# Nationalratswahlen 2023 Unsere Kandidierenden



## Liste 1, FDP.Die Liberalen West



**Markus Dietschi Selzach, 1975**  
**Kantonsrat**  
Landwirt/Unternehmer, eigener Landwirtschaftsbetrieb, Inhaber Tempo Personal Solothurn GmbH. Verheiratet mit Marianne, zwei Kinder (Luca, 17, Informatiker-Lehrling, Carla, 14, Sekundarschülerin). Ich kandidiere für den Nationalrat, weil Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik in Bern geprägt wird. Ich möchte mich dabei gerne einbringen.



**Franziska Hochstrasser Gerlafingen, 1978**  
**Parteisekretärin der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn**  
Gelernte Landwirtin, Ingenieur-Agronomin FH. Verheiratet, eine Tochter (3 Jahre). Ich kandidiere für den Nationalrat, weil für mich gleiche Rechte und Pflichten für alle eine Selbstverständlichkeit sind.



**Barbara Leibundgut Bettlach, 1963**  
**Gemeindepräsidentin, Kantonsrätin**  
Verwaltungsrätin: BGU, AZ Baumgarten, hftm, GAG, Delma Watch, Präsidentin Netzwerk Grenchen. Verheiratet, 3 Kinder, 6 Enkelkinder. Ich kandidiere für den Nationalrat, weil ich mit meinem Wissen und meiner Erfahrung aus Politik, Verwaltung und Privatindustrie den Kanton Solothurn auf eidgenössischer Ebene vertreten und einen Beitrag zur Gestaltung unseres Landes leisten will.



**Simon Michel Solothurn, 1977**  
**Kantonsrat seit 2017, Mitglied Finanzkommission**  
CEO Ypsomed, Studium in St. Gallen. Verheiratet, zwei Kinder. Ich übernehme Verantwortung für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft und für unseren Staat, indem ich mich für Kultur und Sport, Arbeitsplätze und Bildung, Sicherheit und Handel einsetze. In Bern fehlen die Praktiker und Unternehmer – ich will das ändern.



**Manuela Misteli-Sieber Biberist, 1971**  
**Vizegemeindepräsidentin Biberist, Kantonsrätin**  
Selbständige Architektin. Verheiratet, drei Kinder. Für unser Wohl und unsere Sicherheit gebe ich vollen Einsatz – damit es uns auch morgen gut geht. Mit meiner Vielseitigkeit als Unternehmerin, Familienfrau und Praktikerin stehe ich für umsichtiges Handeln. Mein Fokus: liberale ökologische Innovationen sowie Generationensolidarität.



**Martin Rufer Lüsslingen, 1977**  
**Kantonsrat**  
Direktor Schweizer Bauernverband. Verheiratet mit Miriam, drei Kinder. Ich kandidiere für den Nationalrat, weil ich die Zukunft unseres Landes aktiv mitgestalten will. Weil ich mich für eine selbstbewusste und erfolgreiche Schweiz einsetzen will. Weil wir wieder mehr Perspektiven statt Wunschenken brauchen.

## Liste 2, FDP.Die Liberalen Ost



**Johanna Bartholdi Egerkinden, 1951**  
**Gemeindepräsidentin, Kantonsrätin**  
Dipl. Hotelière SHV, BLaw. Verwitwet. Ich kandidiere für den Nationalrat, weil Leidenschaft kein Alter kennt. Der Nationalrat ist das Spiegelbild unserer Gesellschaft, auch die ältere Generation hat einen Anspruch auf Vertretung. Ich verspreche nichts, werde mich aber mit Leidenschaft für Jung und Alt, Erhaltung unserer Werte, Wirtschaft und Sicherheit einsetzen.



**Thomas Fürst Olten, 1984**  
**Kantons- und Gemeinderat**  
Selbständiger Rechtsanwalt und Geschäftsführer des Verbandes deutschschweizerischer Unternehmen der Uhren- und Mikrotechnik. LL.M., BA in Business and Economics. Ich kandidiere für den Nationalrat, weil ich in Bern mit einem klaren liberalen Kompass und einem offenen Ohr für vernünftige Argumente die Zukunft unseres Landes aktiv mitgestalten will.



**Adriana Marti-Gubler Kienberg, 1987**  
**Gemeindepräsidentin**  
In verschiedenen Projekten (z. B. SoTech Network, Schweizerisches Zentrum für Unternehmerisches Denken und Handeln) engagiert. Verheiratet, ein Sohn (1 Jahr). Ich kandidiere für den Nationalrat, weil ich mich im Hinblick auf die nächsten Generationen für nachhaltige Lösungen und liberale Werte einsetzen möchte.



**Daniel Probst Olten, 1973**  
**Kantonsrat**  
Volks- und Betriebswirtschaftler, Direktor Solothurner Handelskammer. Verheiratet, ein Sohn und eine Tochter. Ich kandidiere für den Nationalrat, weil der Solothurner Freisinn zwei Sitze in Bern verdient, die Stärkung der persönlichen Freiheit und Verantwortung auch beim Bund Priorität haben muss und eine ökologisch und sozial nachhaltige Schweiz nur mit einer starken Wirtschaft möglich ist!



**Markus Spielmann Starrkirch-Wil, 1975**  
**Kantonsrat**  
Selbständiger Rechtsanwalt und Notar, Fraktionschef FDP im Kantonsrat, Präsident HEV Kanton Solothurn. Verheiratet, zwei Kinder. Es ist bekannt, dass ich mich konsequent für eine liberale, wirtschafts- und eigentumsfreundliche Politik einsetze. Für unsere Freiheit, den Mittelstand und die Hauseigentümer. Ich verspreche 100% Einsatz für dieses Ziel.



**Christian Thalmann Breitenbach, 1973**  
**Kantonsrat und Vizegemeindepräsident**  
Ausbildung als Eidg. Buchhalter, nun Leiter Finanzen Bandfabrik Breitenbach AG. Freizeit: Wandern, Gesang. Ich kandidiere für den Nationalrat, weil ich Freude an Politik und an fachlichen Debatten und Diskussionen habe und weil mir der sinnvolle Einsatz des Steuerfrankens wichtig ist!



## Liste 3, Jungfreisinnige «wähl jung»



### Sveva Castrini

Jung. Mitdenkend. Zukunftsorientiert. Mein Name ist Sveva Castrini und ich bin 19 Jahre alt. Ich will meinen Beitrag für eine starke Wirtschaft leisten und den Liberalismus voranbringen – weil Freiheit und Selbstbestimmung in der heutigen Zeit noch bedeutsamer sind! Die Disziplin vom Leistungssport will ich in die Parteiarbeit einbringen, um deren Zukunft mitgestalten zu können.



### Philipp Eng

Ich bin 29-jährig, Jurist und Geschäftsinhaber, (noch) Präsident unserer Jungpartei, im Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz sowie Vizepräsident der FDP Stadt Solothurn. Die Zukunft verlangt Sicherheit: Nicht nur muss sich die Schweiz in einem von Krieg betroffenen Europa positionieren; mit ideologischen Scheuklappen wird der Scherbenhaufen in der Altersvorsorge einfach der nächsten Generation weitergereicht, die Bilateralen werden ungebremst in eine Sackgasse gefahren und unternehmensfeindliche Gesinnungen gewinnen immer mehr Sympathien. Ich will die Interessen der Jungen nicht nur an Sonntagsreden vertreten, sondern Partei ergreifen für das Wichtige!



### Lukas Lohm

Ich bin 26, wohnhaft in Biberist (BSc in Food Science 6. Sem. BFH HAFL) und amte politisch als Ortsparteipräsident der FDP Biberist. Ich bin zudem aktiv in der lokalen Feuerwehr sowie Mitglied des Academic Surfclubs (ASC). Auf nationaler Politbühne will ich mich für eine starke bilaterale Zusammenarbeit mit der EU, eine nachhaltig sanierte AHV sowie den Abbau von Technologie-moratorien einsetzen. Die Zukunft ist heute – wählen Sie auch so!



### Matthias Scheidegger

In meinen Hobbys, der Feuerwehr und dem Segelfliegen, zählt ein Kredo immer: Safety first! Unsere Altersvorsorge ist unsere Sicherheit im Alter. Daher setzte ich, Matthias Scheidegger, 19, aus Grenchen, mich für eine Sicherung unserer Altersvorsorge ein. Sich rechtzeitig darum zu kümmern ist wichtig, das sehe ich täglich in meiner Arbeit als Assistent in der Steuerberatung.



### Roman Schöll

Lokal vernetzt – regional engagiert – international interessiert. Ich will Projekte angehen und auch umsetzen, in der Bildungspolitik aktiv mitgestalten und meine Visionen konsequent vertreten.



### Merve Zejnula

26 Jahre jung, türkisch-nordmazedonischer Abstammung, Sport-schützin und wohnhaft in Oensingen. Minderheitenrepräsentantin. Sollten Sie mich deshalb wählen? Nein. Ich bin weitaus mehr als eine Quotenerfüllerin. Wir alle stehen für einen motivierten Politnachwuchs, welcher durch starken Arbeitswillen und Engagement die Politlandschaft mitgestalten will. Ich selbst betreibe täglich Sachpolitik als Politberaterin bei der FDP Schweiz. Mit meinem Erfahrungspaket heisst es nun: In den Ring für den Solothurner Freisinn!

Wir treten mit zwei vollen Listen zu den Nationalratswahlen an. Wir wollen diese Zukunft mitgestalten, welche die Politik von heute mit viel Ideologie, aber wenig Lösung vorantreibt. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das sind unsere Kandidierenden ...

## Liste 3, Jungfreisinnige «denk neu»



### Misra Canbaz

Die Schweiz beschäftigt die Migration extrem – vor allem mit den steigenden Zahlen an Migrant\*innen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass sich die Immigrierten auch gut integrieren können. In unserer Migrationspolitik gibt noch viel zu verbessern. Als junge Politikerin mit Migrationshintergrund setze ich mich dafür ein. Ich kenne die Probleme, die Menschen und verstehe sie – auch sprachlich.



### Lukas Egli

Ich bin 20 Jahre alt, wohne in der Stadt Solothurn und arbeite als Campaignmanager. Nach meinem Militärdienst als Truppenbuchhalter werde ich im Herbst dieses Jahres an der Universität St. Gallen mein Studium aufnehmen. Ein Zustand des Wohlstands ist nicht natürlich. Er basiert auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Damit die Schweiz ihren Spitzenplatz behalten kann, muss sie die inländischen Spielregeln verbessern und die Regulierungsdichte reduzieren.



### Cristian Fabbro

22 Jahre aus Bettlach. Ich arbeite als Sekretär Einwohnerdienste bei der Stadt Solothurn. Politisch bin ich Präsident der FDP Bettlach, Ersatz-Gemeinderat und Mitglied des Parteivorstandes der FDP Kanton Solothurn. Privat engagiere ich mich als J&S-Leiter sowie als Vorstandsmitglied im Turnverein Bettlach und als Kassier des Zähltschürvereins Bettlach. Meine Motivation für Bern ist klar: Aktives Engagement nützt deutlich mehr, als sich an den Boden zu kleben!



### Anindo Kühne

18 Jahre aus Olten. Ich war schon immer der Ansicht, man sollte es besser machen, wenn etwas schlecht läuft. Aktuell fehlt uns die Energie, Freiheit wird immer mehr zur Farce und unsere Aussenpolitik steht still. Sollte ich die Überraschung schaffen, werde ich alles tun, um die Situation in unserem Land zu verbessern.



### Melanie Racine

24-jährig, Mediamatikerin und Geschäftsinhaberin sowie Gemeinderätin in Zuchwil. Die politischen Diskussionen sind in letzter Zeit stark von Ideologien geprägt. Mir ist es ein Anliegen, dass wieder vermehrt Sachpolitik betrieben wird. Ich möchte mich als junge Person für die wirklich wichtigen Themen in unserem Land einsetzen und meine Zukunft mitgestalten – ich freue mich auf den Wahlkampf mit unserem super Team!



### Yannik Steiner

26 Jahre alt, aus Solothurn. Von Beruf bin ich Junioprojektleiter und Zeichner, Fachrichtung Architektur. In meiner Freizeit bin ich aktiv an der Fasnacht, in der Feuerwehr, in Lichttechnik und Illustration. Politisch liegt mir die Sicherung der Renten unserer und der nächsten Generationen am Herzen sowie der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit für ü55. Ich will eine Energiepolitik, welche nicht auf Ideologie und Verboten basiert, sondern gezielt den Fortschritt fördert und positive Anreize setzt.

Foto: Michel Lüthy.



# Remo Ankli in den Ständerat

## Unser Regierungsrat im Interview

Die kantonalen Delegierten haben Regierungsrat Remo Ankli als Kandidat für den Ständerat nominiert. Im Interview spricht er über seinen Werdegang und darüber, wieso er als Ständerat kandidiert.

**Herzliche Gratulation zur Nomination. Sie waren bei den letzten Wahlen der am besten gewählte Regierungsrat. Warum kandidieren Sie jetzt für den Ständerat?**

Ich bin sehr gerne Regierungsrat. Dieses Amt ausüben zu dürfen, habe ich immer als Privileg betrachtet. Der Rücktritt von Roberto Zanetti aus dem Ständerat bietet der FDP des Kantons Solothurn nun eine reelle Chance, einen der beiden Sitze in der kleinen Kammer zu besetzen. Ich trete sehr gerne als freisinniger Kandidat zu diesem Wahlkampf an. Der Zeitpunkt, um mein politisches Engagement für den Kanton auf einer neuen Ebene einbringen zu können, ist günstig.

**Sie waren bisher nicht Mitglied des nationalen Parlaments. Warum sind Sie der richtige Kandidat?**

Der Ständerat repräsentiert die Kantone. Als langjähriges Mitglied der Solothurner Regierung bringe ich gute Voraussetzungen mit, um auf Bundesebene die Interessen unseres Kantons und seiner Bevölkerung zu vertreten. Mit meiner Erfahrung werde ich mich rasch in die für den Kanton Solothurn wichtigen Dossiers einarbeiten können. Bei einer Wahl kann ich meine Erfahrung als Regierungsrat und auch diejenige als ehemaliger Präsi-

dent einer Gemeinde und damit von der Basis unseres föderalen Systems optimal einbringen.

**Was motiviert Sie zu dieser Kandidatur?**

Unser Land ist eine Erfolgsgeschichte. Und diese Geschichte wollen wir fortsetzen. Die Entwicklungen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, dass Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist. Das gilt für die physische Sicherheit, aber auch für die Versorgungssicherheit mit dem Nötigsten wie zum Beispiel mit Energie. Insgesamt braucht es Anstrengungen, um die Erfolgsgeschichte unseres Landes fortzusetzen. Ich bin optimistisch, dass uns das gelingen wird, denn die Voraussetzungen sind gut. Wir dürfen auf die politische Stabilität in unserem Land zählen, auf ein gutes Ausbildungsniveau, auf eine sehr kompetitive Exportwirtschaft und auf einen soliden Finanzhaushalt.

**Welches sind die zentralen Themen, die sich in der nächsten Legislaturperiode für die Schweiz stellen werden?**

Es ist Zeit, dass wir uns von den eher nebensächlichen Themen lösen, die manchmal das politische Geschäft zu stark belasten, und uns wieder auf die zentralen Fragen konzentrieren: Wie können wir unsere Sozialwerke auf eine sichere finanzielle

Basis stellen, wie sorgen wir für eine ausreichende Stromversorgung, wie stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und wie gelangen wir zu einem geregelten Verhältnis mit unserem wichtigsten Handelspartner, der EU? Für diese Themen gilt es Lösungen zu erarbeiten. Diese Lösungen müssen ausgewogen sein und zum liberalen Erfolgsmodell Schweiz passen. Ich habe bewiesen, dass ich über die Parteigrenzen hinaus Vertrauen schaffen kann. Das würde ich auch gerne im Ständerat tun, zum Wohle aller Solothurnerinnen und Solothurner.

### Remo Ankli

Remo Ankli ist 49 Jahre alt und wohnhaft in Beinwil. Der studierte Historiker und Theologe war von 2001 bis 2013 Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde und von 2005 bis 2013 Mitglied des Solothurner Kantonsrats. Seit seiner Wahl in den Regierungsrat amtiert er als Bildungs- und Kulturdirektor. In den Jahren 2017 und 2022 war er Landammann des Kantons Solothurn.





# Tagwacht

Präsidiales

Um sechs Uhr in der Früh traf sich vor wenigen Wochen eine Gruppe freisinniger Frauen und Männer vor dem Solothurner Rathaus. Ziel war es, als erste Partei die Listen für die Nationalratswahlen einzureichen.

Um das zu erreichen, war die Anwesenheit all unserer 5 Kandidatinnen und 7 Kandidaten für den Nationalrat inklusive des Präsidenten notwendig. Und alle erschienen pünktlich!

Inwieweit nun die Listennummer für den Erfolg bei den Wahlen bedeutsam ist, sei dahingestellt. Viel wichtiger ist die Symbolik, die hinter der freisinnigen Tagwacht steht: Wir stehen zeitig auf und packen an! Wir kämpfen und setzen Zeichen für all die Ärztinnen, Polizisten, Handwerker, Soldaten, Kraftwerksmitarbeiterinnen, Krankenpfleger, Schülerinnen, Lehrer, Unternehmerinnen, Landwirte, Mütter, Grossväter und viele mehr. Wir Freisinnigen sind die Partei der Menschen, die jeden Tag auf der Matte stehen und mit ihrem Einsatz Grossartiges im Grossen wie im Kleinen leisten.

Es sind diese Menschen, die unser Land bewegen, Verantwortung übernehmen für sich und andere, und zwar egal ob in Beruf, Familie oder Gemeinschaft. Dank dieser Menschen haben wir Sicherheit, Lebensqualität und eine leistungsfähige Wirtschaft. An diesen Menschen und ihren Bedürfnissen richten wir Freisinnigen unsere politische Arbeit aus. Für sie wollen wir persönlichen Freiraum, Sicherheit und eine blühende Wirtschaft. Dazu benötigen wir einen verlässlichen Staat, eine bürgernahe Verwaltung, ein top funktionierendes Bildungswesen, Versorgungssicherheit mit bezahlbarer Energie und eine leistungsfähige Gesundheitsvorsorge. Und wir sind auf mutige Politikerinnen und Politiker angewiesen, die Bürgeranliegen ernst nehmen und bereit sind, auch Unangenehmes anzupacken.



Auf dem Weg zum Rathaus.

Klar, man kann der Vergangenheit und einer isolierten Schweiz ohne Zuwanderung nachhängen, über vegane Ernährung schwadronieren, sich an der Strasse festkleben oder drei verschiedene Arten von Toiletten fordern. Mit Aktivismus und überzogenen Forderungen von links und rechts gewinnt man vielleicht punktuell Wahlen und Abstimmungen und befriedigt die Ansprüche irgendwelcher Minderheiten. Aber man meistert damit keine Herausforderungen und schafft weder Wohlstand noch Perspektiven für unseren Kanton und die Schweiz. Unser Weg ist ein anderer: Einsatz für die Menschen und unsere Gemeinschaft. So ist die frühe Tagwacht unserer 12 starken Nationalratskandidatinnen und -kandidaten ein Bekenntnis und ein Weckruf für uns alle. Denn im Oktober haben wir die Wahl: Remo Ankli, 5 starke Frauen und 7 überzeugende Männer treten zur Wahl an und sind bereit, für uns in den Ring zu steigen.

Jetzt ist es höchste Zeit für uns alle aufzuwachen, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, für unsere Kandidatinnen und Kandidaten einzustehen und für Freiheit und Wohlstand zu kämpfen. Und spätestens seit der letzten Regierungsratswahl wissen wir: Wenn der Freisinn erwacht, dann ist vieles möglich, denn: «zäme goht's».

**Herzlichst, Stefan Nünlist,**  
Präsident FDP des Kantons Solothurn

# Sicherung der Rente aus Sicht der Solothurner Liberalen Frauen

Es ist jetzt bereits einige Monate her, dass wir über das Frauenrentenalter abstimmen durften. Das Resultat war knapp und im Kanton Solothurn lehnte bedauerlicherweise eine Mehrheit das gleiche Rentenalter für Frauen und Männer ab. Die Linken haben es geschafft, das Narrativ der armen und benachteiligten Frauen in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern, was wir sehr bedauern. Mit ihren Argumenten zementierten sie das veraltete Rollenbild, dass Frauen zu Hause bleiben und Männer als Alleinverdiener arbeiten und das Geld nach Hause bringen.

Es braucht gleiche Rechte und Pflichten in allen Lebensbereichen. Rechtlich gesehen sind bis jetzt nur Männer benachteiligt. Gesellschaftlich gesehen können diverse Lösungen helfen, das Erwerbsleben für Mütter attraktiver zu gestalten, wie z. B. die Individualbesteuerung und die Aufhebung der Benachteiligung von Teilzeitarbeit in der 2. Säule.

Zudem liegt es in der Selbstverantwortung jeder Frau, ihr Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen und so zu gestalten, wie es für sie passt. Alt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat dies

mit deutlichen Worten aufgezeigt: «Jede Frau sollte mindestens 70 Prozent erwerbstätig sein, um nach der Rente ein Leben führen zu können wie vorher. Anders gesagt: Frauen, die sich vor allem als Hausfrau und Mutter verwirklichen wollen, werden einen Mann brauchen, der ihnen das Leben finanziert, und das auch im Alter. Frauen, die unabhängig sein möchten, müssen einen anderen Weg gehen.» Es liegt an uns, die nötige und mögliche Eigenständigkeit den Frauen immer wieder aufzuzeigen und ihnen Mut zu machen, dass sie selbst für ihre Rechte eintreten können, anstatt sich als schwächeres Geschlecht darzustellen und nach staatlicher Unterstützung zu rufen.

Auch im Bereich der Altersvorsorge gibt es noch viel zu tun. Dank der Mini-Reform gewinnen wir ein paar Jahre, aber die AHV ist dadurch noch nicht nachhaltig saniert. Mit dem gleichen Rentenalter für Frauen und Männer wurde der erste Schritt der Renteninitiative erfüllt. In einem zweiten Schritt fordert die Initiative das Rentenalter 66/66 und anschliessend die Koppelung an die Lebenserwartung. Mit diesem automatischen Mechanismus

kann die AHV langfristig saniert werden. Nach der AHV21-Abstimmung fand der Kick-off der Renteninitiative statt und es war schön zu sehen, wie viele Menschen aus unterschiedlichen Generationen sich für nachhaltige Lösungen in der Altersvorsorge einsetzen möchten. Vor allem auch junge Frauen kämpfen an vorderster Front für mehr Generationengerechtigkeit, wie der neue Imagefilm zeigt (<https://www.youtube.com/watch?v=D9txLNqsjgQ&feature=youtu.be>).

Hast du auch Lust mitzumachen?  
Dann trage dich jetzt im Komitee ein:  
<https://renten-sichern.ch/mitmachen/>



**Melanie Racine,**  
Vorstand Jungfreisinnige und FDP Frauen

## Helvetia ruft Solothurnerinnen nach Bern

Kann der Frauenanteil an den kommenden eidgenössischen Wahlen erhöht werden und wird eine Solothurnerin das Rennen machen? Zugrunde liegend auch die Wette von Parteipräsident Burkart: «Wie erhöhen den Frauenanteil in der Bundeshausfraktion auf 40 Prozent.»

Erneut stehen im Oktober die Erneuerungswahlen des eidgenössischen Parlaments bevor. Zwar reihen sich die Wahlplakate an den Strassenrändern noch nicht aneinander, aber allmählich stehen die Spitzenkandidierenden fest. Die Thematik der Zusammensetzung der Parteilisten ist aktuell. Selbstverständlich sind weitergehende Eigenschaften nebst dem Geschlecht der Kandidierenden (bspw. Alter, Beruf, Migrationshintergrund usw.) massgebend für eine angemessene und demokratische Abbildung der Bevölkerung im Parlament. Meine Interessensbindung und der Ruf der Helvetia sind Grund dafür, weshalb ich den Fokus auf den weiblichen Freisinn richte.

### Was steckt nun hinter dem Ruf von Helvetia?

Die überparteiliche Bewegung «Helvetia ruft» hat sich zum Ziel gesetzt, eine repräsentative und demokratische Vertretung von Frau und Mann im Parlament zu sichern und so ein besseres Abbild der Bevölkerung zu ermöglichen. Sie hat die Chance in der FDP richtig erkannt, denn mit dem Rücktritt von des Solothurner Nationalrats Kurt Fluri wird in Bern ein Sitz frei, welcher von einer Frau geerbt werden könnte.

### Gibt es denn genügend Frauen, die die Reise nach Bern antreten möchten?

Ja, wahrlich hat die FDP. Die Liberalen Solothurn Mitte Januar im Rösslisaal in Oensingen unter den zwölf motivierten Kandidierenden fünf starke, profilierte und kompetente Frauen nominiert:

Johanna Bartholdi, Manuela Misteli-Sieber, Barbara Leibundgut, Franziska Hochstrasser und Adriana Marti-Gubler.

Es sind namhaft alle Frauen, die bereits auf kommunaler oder kantonaler Ebene ihre Erfahrungen in der Politik sammeln konnten und sich einen gewissen Bekanntheitsgrad aufgebaut haben. Für mich als Co-Präsidentin der FDP Frauen Solothurn ist es erfreulich, dass die Kandidatinnen einen diversen Hintergrund mitbringen und alle als Solothurner Interessensvertreterinnen im Nationalrat geeignet sind.

Mindestens so divers wie die Listen der Mutterpartei wird auch die des Jungfreisinns daher kommen. Auch hier sind Kandidatinnen zu finden, die gewillt sind, die anstehenden Probleme in Bern, die grösstenteils meine und die folgenden Generationen betreffen, pragmatisch statt polemisch zu lösen: Melanie Racine, Sveva Castrini, Misra Canbaz und meine Wenigkeit Merve Zejnula.

### Welche Qualifikationen werden von den Kandidierenden gefordert und ist das Frausein schon genug?

Nein, liebe Leserschaft, es ist verblendet, das Geschlecht als ausschlaggebende Qualifikation zu nennen. So auch, wenn man starre Quoten für die Verteilung der Sitze fordern würde. Die eingesetzten Findungskommissionen bei uns stellen sicher, dass die nötigen Qualifikationen in allen Bereichen gegeben sind, und bieten der Wählerschaft eine geeignete und durchmischte Auswahl.

### Wieso sollen nun aktiv Kandidatinnen beworben werden?

Die Gründe liegen in der Natur und Funktion der Legislative. So soll sie doch als Repräsentantin der Stimmbürgerschaft im Fall der grossen Kammer und der Kantone im Fall der kleinen Kammer dienen. Die Zahlen lügen nicht, der Frauenanteil beträgt im Nationalrat 42% und im Ständerat lediglich 28,3%. Nach über 50 Jahren Frauenstimmrecht ist es gerechtfertigt, diese Diskrepanz zu beheben und die Frauenuntervertretung gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil auszubalancieren.

Die FDP hat den Grundstein gelegt und ambitionierte Frauen ins Rennen geschickt. Jetzt liegt es an Ihnen als Wählerschaft, sich ein fundiertes Bild zu machen und dem Ruf der Helvetia zu folgen.

**Merve Zejnula,**  
Co-Präsidentin FDP Frauen Kanton Solothurn



# Heubürzelipolitik und Schalmeienklänge

Kolumne

«Wir haben uns getäuscht.» Ein territorialer Angriffskrieg sei kein realistisches Szenario. Das erklärte Franziska Roth vor noch nicht allzu langer Zeit. Aber eben, sie hat sich getäuscht. Nicht ohne Stolz verkündete sie noch im vergangenen Herbst im Nationalrat: «Ich hätte nie gedacht, dass es wieder Krieg in Europa geben würde.» Und was zieht sie daraus für Konsequenzen? Keine. Sie lehnt eine Aufstockung der Armeeaussgaben ab, weil sich für sie in der sicherheitspolitischen Lage durch den Krieg in der Ukraine für die Schweiz nichts geändert hat. Und dann wären ja immer noch die EU und die Nato für uns da, meint sie.



## «Angriff ist die beste Verteidigung.»

Als ob diese nicht zuerst vor allem ihre Länder und ihre Leute verteidigen würden. Wolodimir Selenski verlangt jetzt dringend für sein Land auch Kampfflugzeuge. Aber für Franziska Roth ist für diesen Krieg, das heisst für die Schweiz, der F-35 nicht von Belang, gegen dessen Beschaffung sie sich weiterhin mit allen Mitteln widersetzt.

Auch im Brustton der Überzeugung sagte sie im Nationalrat bei der Änderung des Kriegsmaterialgesetzes, dass Handel mit Kriegsmaterial mit einem neutralen Staat nicht vereinbar sei, denn so Roth: «Wie behandelt man Kriegsparteien gleich, wenn man der einen Partei Kriegsmaterial liefert und der anderen nicht?» Sie wollte «glasklare Regelungen, keine Schlupflöcher, auch keine Verwässerung». Das sind starke Worte. Aber eben, sie hat sich getäuscht. Jetzt verlangt sie mit einer Motion eine «Lex Ukraine», mit welcher im Kriegsmaterialgesetz eine eng gefasste Ausnahmeregelung für die Selbstverteidigung der Ukraine geschaffen werden soll. So etwas nennt man «Heubürzelipolitik».

Kein Wunder, dass sie damit selber in die Schusslinie gerät. Und so landet sie genau dort, wo sich die Linken am wohlsten fühlen: in der Opferrolle. Dass sie mit anonymen Mails aufs Übelste beschimpft wird, ist absolut verwerflich und klar zu verurteilen. Aber nach dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung» schießt sie gleich gegen die Männerwelt, die unter «Verlustangst» leide, sie könnte das Militär als männliche Bastion verlieren. Männer, «die nicht glauben wollen, dass wir uns in militärische Themen einarbeiten können und das auch tun». Nur nach fast vier Jahren parlamentarischer Tätigkeit dürfte man etwas mehr Fachkompetenz erwarten als nur ein paar links gelagerte ideologische Schlagworte. Von einer Fachkompetenz in Sachen Militär und Verteidigung, über die die deutsche FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann verfügt oder die die frühere SP-Nationalrätin Barbara Haering-Binder ausweisen konnte, ist Franziska Roth jedenfalls noch meilenweit entfernt. Sicherheitspolitik ist für sie Friedenspolitik, Abrüstung, Rüstungskontrolle sowie die Nichtverbreitung von Waffen. So steht es immer noch unverändert auf ihrer Website. Ob von solchen Schalmeienklängen im kommenden Herbst auch noch Wählerinnen und Wähler getäuscht werden?

Urs Marti, Langendorf

# Wechsel in der Ortspartei

## Nunningen

René Häner (neu) für Dieter Stebler

## Feldbrunnen-St. Niklaus

Urs Lysser (neu) im Co-Präsidium mit Heinz Küng (bisher)

Wir danken dem zurückgetretenen Ortsparteipräsidenten herzlich für seinen Einsatz und wünschen den Neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

# AGENDA

## Sonntag, 12. März

Kantonale Abstimmung

## Donnerstag, 23. März

19.30 Uhr: Supporter Club, Parlamentariergespräch, Eintracht Kestenholz

## Montag, 27. März

19.30 Uhr: Orts- und Amteiparteipräsidentenkonferenz, Restaurant von Arx, Egerkingen

## Mittwoch, 10. Mai

13 Uhr: Fraktionsausflug, Gäu

## Mittwoch, 17. Mai

19 Uhr: Parteivorstand in Solothurn

## Donnerstag, 25. Mai

18.30 Uhr: kantonale Delegiertenversammlung, Kultursaal Haulismatt, Balsthal.  
Mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

[www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/](http://www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/)

Präzisionstechnik wie in der Uhrmacherei gehört zu den Stärken der Schweizer Industrie. Foto: iStock/HQuality Video



# Für Wohlstand und Unternehmertum

Die FDP schärft ihr Profil als Wirtschaftspartei

Die Delegierten der FDP Schweiz haben an der letzten Delegiertenversammlung in Dübendorf ein neues Wirtschaftspapier verabschiedet, das auf drei Säulen basiert. In der vorliegenden Kurzfassung sind die wichtigsten Eckpunkte und Forderungen zusammengefasst.

Das Erfolgsmodell Schweiz hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich über einen sehr hohen Wohlstand verfügt. Doch dieses Erfolgsmodell ist unter Druck: Krisen und Machtverschiebungen stellen die Schweiz vor zahlreiche Herausforderungen. Der Druck kommt aber nicht nur von aussen, auch innenpolitisch sieht sich die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz immer neuen Angriffen ausgesetzt. Der Handlungsbedarf ist akut: Der Wirtschaftsstandort braucht mehr gut ausgebildete

Fachkräfte und weniger lähmende, komplizierte Administrativprozesse. Eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz benötigt ausserdem stabile Handelsbeziehungen mit globalen Märkten und insbesondere den wichtigsten Handelspartnern in Europa. Damit der Schweizer Wohlstand auch morgen Bestand hat, müssen liberale Prinzipien wegleitend sein: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel, dafür weniger Protektionismus.

QR-Code  
scannen  
und das  
Wirtschafts-  
papier in voller  
Länge lesen.





Administrative Prozesse müssen vereinfacht und digitalisiert werden. Foto: iStock/fermate



## Wirtschaftliche Dynamik und qualifizierte Arbeitskräfte sicherstellen

Der Fachkräftemangel in der Schweiz wird sich aufgrund der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, des anhaltenden Trends zur Akademisierung und langfristig infolge des demografischen Wandels weiter zuspitzen. Eine Modernisierung und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts sind notwendig. Auch bei den behördlichen Prozessen gibt es grossen Handlungsbedarf. Die FDP fordert, dass administrative Prozesse digitalisiert und nach Möglichkeit vereinfacht werden. Letzteres gilt insbesondere für die Mehrwertsteuer, bei der ein Einheitssatz überfällig wäre.

Um unsere Unternehmen vor unnötigen Regulierungskosten zu schützen, gibt es eine wirksame FDP-Lösung: die Regulierungsbremse. Analog der Schuldenbremse sollen damit Regulierungen, die Unternehmen besonders stark belasten würden, im Parlament einem qualifizierten Mehr unterstellt werden.

Um das inländische Potenzial von Arbeitskräften auszuschöpfen, braucht es eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies ist mit einer Stärkung der ausserfamiliären Betreuungsstrukturen, der Einführung der Individualbesteuerung sowie einem flexiblen Arbeitsrecht zu erreichen.

Auch bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus Drittstaaten verlangt die FDP Verbesserungen. Die Aufteilung der Kontingente nach Kantonen stellt eine Zusatzhürde dar. Eine einfache Rekrutierung, die sich nach dem Bedarf der Wirtschaft orientiert, ist unabdingbar.

Der Rheinhafen Basel ist ein wichtiger Zugang zu den internationalen Märkten. Foto: Patrik Walde



## Internationale Marktzugänge sichern und ausbauen

Als offene Volkswirtschaft und exportorientiertes Land ist die Schweiz auf verlässliche Beziehungen und einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu den Weltmärkten angewiesen. Deswegen müssen Zölle und weitere nicht tarifäre Handelshemmnisse abgeschafft und neue

## «Zölle abschaffen – neue Freihandelsabkommen abschliessen.»

Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Nur so kann die Schweiz im globalen Wettbewerb bestehen.

Mit der EU, unserem wichtigsten Handelspartner, braucht es eine Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen und Kooperationen bei gegenseitigem Interesse, namentlich im Bereich von Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration sowie Strom. Die politische Eigenständigkeit der Schweiz muss dabei gewahrt bleiben.

Anstelle staatlicher Hilfen soll die Eigenverantwortung der Unternehmen gestärkt werden.

Foto: iStock/AnnaStills



## Ansprüche an den Staat reduzieren und Eigenverantwortung fördern

Krise, Krise und nochmals Krise: Das Wort geht vielen immer leichter von den Lippen. Wer Krise ruft, der will Hilfe und Geld vom Staat. Mit dem Ausbau der Hilfen wird jedoch das freiheitliche Modell der Schweiz eingeschränkt. Hier muss

## «Strenge Einhaltung der Schuldenbremse.»

Gegensteuer gegeben werden. Dem Trend zum Sozialausbau und zur Erhöhung der Staatsquote ist Einhalt zu gebieten, weil Privilegien einfacher gewährt als entzogen werden können. Zudem ist bei der Vergabe von Staatsgeldern zwischen Bedürftigkeit und Anspruchshaltung zu unterscheiden.

Gerade in Krisensituationen ist es unabdingbar, dass ein finanzpolitischer Spielraum besteht, der die Handlungsfähigkeit des Bundes nicht einschränkt. Dafür braucht es auch in Zukunft eine strenge Einhaltung der Schuldenbremse. Zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik gehört auch die Unabhängigkeit der Nationalbank.

Unabhängig von der Art der Krise ist ein Eingriff durch den Staat nur als Ultima Ratio vertretbar. Die FDP setzt auf Eigenverantwortung und nachhaltigere Reformen anstatt auf kurzfristige Konjunkturpakete. Die Anreize müssen zudem so gestaltet sein, dass Unternehmen für sich selbst schauen können und wollen.



# 175 Jahre Bundesverfassung

Freisinniger Grundstein für eine starke Schweiz

Vor 175 Jahren erarbeiteten 23 radikal-liberale Kantonsvertreter die Bundesverfassung und schufen den modernen liberal geprägten Bundesstaat. Autor und Journalist Rolf Holenstein kennt die Entstehungsgeschichte der Bundesverfassung wie kein Zweiter. Für den «Freisinn» schreibt er exklusiv über die wichtigsten Wochen der Schweizer Geschichte und welche wichtige Rolle die Vorläufer der FDP spielten.

Die ersten stabilen, bis zum heutigen Tag bestehenden Demokratien in Europa sind die schweizerischen Kleinstaaten, die Kantone, die sich zur Zeit der französischen Juli-Revolution von 1830 neue Verfassungen geben. Ihre Existenzberechtigung beziehen sie aus dem Prinzip der Volkssouveränität.

Damit kollidieren sie mit den fünf Grossmächten, mit der «göttlichen Ordnung» und dem monarchischen Prinzip, das besagt, dass nur ein Monarch legitimer Souverän sein kann. Daraus leiten die Grossmächte das Recht zur Intervention gegen liberale, demokratische und nationale Bestrebungen ab.

Zum Vorbild für die mitteleuropäischen liberalen Bewegungen entwickelt sich die Schweiz trotzdem. Für Europas liberale Minderheiten ist sie progressive Schrittmacherin, für die konservative Elite ein hochgefährlicher demokratisch-liberaler

Ansteckungsherd, der Tausende von deutschen Untertanen (so die offizielle Bezeichnung) in Versuchung führt.

## Ochsenbeins prägende Ansprache

Die liberaldemokratischen eidgenössischen Stände sind also eine europäische Anomalie. Eine zunehmend selbstbewusste, wie der 5. Juli 1847 lehrt. Es ist der Tag, an dem Tagsatzungs- und Bundespräsident Ulrich Ochsenbein seine je nach Standpunkt berüchtigte oder berühmte Ansprache zur Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung des Jahres 1847 hält. Ochsenbein diagnostiziert eine durch neue Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik veränderte geistige und materielle Welt und daneben eine politische Welt, die nicht Schritt hält. Hierauf positioniert er die Schweiz auf einer höheren Legi-

timitätsstufe als die europäischen Mächte. Mit der Begründung, dass in den Kantonen bereits Realität sei, was «anderwärts als höchstes Ziel erst noch angestrebt» werde: das «ewig und einzig wahre Prinzip der Volkssouveränität» und «die politische Gleichheit aller Staatsbürger». Das mache die Schweiz und ihre Einwohner zur Nation. Und diese Nation werde einen demokratischen Gesamtstaat auch gegen das ausdrückliche Verbot der Grossmächte errichten. Denn diese hätten kein Recht, ihr das zu verbieten. Schliesslich sagt er den Grossmächten den baldigen Zusammenbruch aus innerer Fäulnis voraus.

## Liberal-radikaler Sieg im Sonderbundkrieg

Im November 1847 kommt es zum Sonderbundskrieg zwischen den liberal-radikalen und den katholisch-konservativen Kantonen. Die Grossmächte unterstützen Letztere, aber nicht militärisch – weil sie Aufstände im eigenen Land befürchten. Die Konservativen wollen am Status quo festhalten, namentlich an der Bestimmung, dass sämtliche Kantone im obersten Staatsorgan die gleiche Stimmkraft haben, für Uri (15 000 Einwohner) eine Stimme, für Bern (450 000 Einwohner) ebenfalls. Das würde einen künftigen demokratischen Gesamtstaat verunmöglichen. Das ist der Kriegsgrund.



Nach einem knappen Monat erkämpfen sich die Liberal-Radikalen den Sieg im Sonderbundskrieg. Er erlaubt ihnen zu tun, was sie seit Jahren wollen: aus dem losen Staatenbund von 1815 einen Gesamtstaat machen. Ob Zweikammerbundesstaat oder Einheitsstaat mit Auflösung der Kantone, das allerdings ist innerhalb der Liberal-Radikalen noch umstritten.

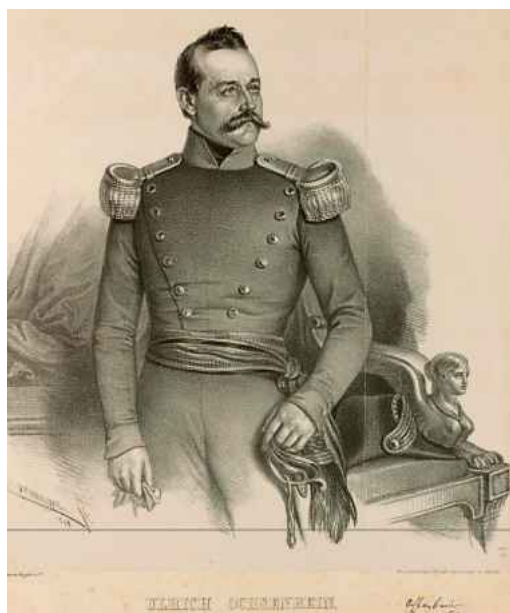
### Revolutionen in Europa

Der Neubau der Schweiz beginnt am 17. Februar 1848, 9 Uhr, im Rathaus des Äusseren Standes zu Bern. 23 Kantonsvertreter versammeln sich zur Bundesrevisionskommission. Es dominieren Juristen, Kaufleute, Mediziner und Industrielle. Also die klassisch zum radikal-liberalen Lager neigenden Berufskategorien. Die Kommission wird von Tagungs- und Bundespräsident Ochsenbein geleitet.

Da geschieht Unglaubliches, fünf Tage nach Arbeitsbeginn der Kommission. Was Präsident Ochsenbein vorausgesagt hat, tritt ein: Europa brennt! In Frankreich beginnt es mit der Februarrevolution. Binnen Monatsfrist befinden sich an die vierzig Staaten im revolutionären Umbruch. Throne wanken, Könige und Minister stürzen, Frankreichs König Louis-Philippe als Erster. Auch Metternich in Österreich.

Die Schweiz befindet sich inmitten eines vulkanisch brodelnden Staatenmagmas. Niemand kann wissen, was daraus wird. Wird man es mit friedlichen Republiken zu tun haben? Oder kommen die Könige und andere Machthaber wieder zurück?

Die Situation fordert dem Land Jahrhundert-Entscheidung ab: Es ist ein neuer Staat zu erfinden – und dieser noch gar nicht existierende Staat in einem brennenden Europa zu positionieren.



Ulrich Ochsenbein war Präsident der Revisionskommission. Foto: Burgerbibliothek Bern, Gr. B. 1647

### Libérale Schwerpunkte für den neuen Bundesstaat

Die 1847/48 erfolgreichen politischen Akteure der Eidgenossenschaft sind die Liberal-Radikalen, die Vorläufer des späteren Freisinns. Und davon vor allem jene, die sich 1848 als Mitglieder der Bundesrevisionskommission in Bern aufhalten – die meisten Kantone haben ihre obersten Magistraten in die Kommission geschickt. Und diese legen die zukunftsentscheidenden Parameter fest: demokratischer Zweikammer-Bundesstaat als neue Staatsarchitektur und bewaffnete Neutralität als Verteidigungsinstrument ausserhalb der Verfassung.

Historische Bedeutung als Verfassungsschöpfer und aussenpolitischer Kopf darf Ochsenbein für sich beanspruchen. Historisch erfolgreich operierten auch die liberalen Katholiken, indem sie Präsident Ochsenbein vertrauten und den Zweikammer-Bundesstaat als historischen Kompromiss zugunsten sowohl der katholischen Kantone als auch der ganzen Eidgenossenschaft erkannten. Und ihm zum Leben verhalfen.

Die Bundesrevisionskommission von 1848 ist die wichtigste Kommission, die die Schweiz je gehabt hat. In nur gerade 51 Tagen und 31 Sitzungen erarbeitet sie unter Ochsenbein einen derart perfekten Verfassungsentwurf, dass sowohl Kantonalinstanzen als auch die Tagsatzung nur bescheidene Retuschen anbringen. Am 12. September 1848 erklärt sie die Bundesverfassung zum neuen Grundgesetz.

### So haben die Vorfäter des Freisinns 1848 die Schweiz verändert:

- Die Verfassung von 1848 bringt das demokratische Prinzip auf Bundesebene und organisiert einen Bundesstaat mit repräsentativer Demokratie und zwei direktdemokratischen Elementen: Verfassungsinitiative und obligatorisches Verfassungsreferendum.
- Es entsteht ein föderalistisches Zweikammersystem mit National- und Ständerat.
- Sechs Bundesräte und ein Bundespräsident bilden die Exekutive.
- Es wird ein Bundesgericht geschaffen.
- Die Aussenpolitik wird Bundessache.
- Es entsteht ein Bundesheer.
- Ein einheitlicher Wirtschaftsraum wird geschaffen: durch Transfer der Binnenzölle an die Aussen Grenze, einheitliche Währung, einheitliches Mass und Gewicht, freie Niederlassung.
- Individual- und politische Freiheitsrechte sind gewährleistet.
- Der Bund kann öffentliche Werke und eine Hochschule errichten.
- Die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt wird Bundeszweck.
- Zur Gewährleistung der Kantonsverfassungen werden Mindeststandards festgelegt.

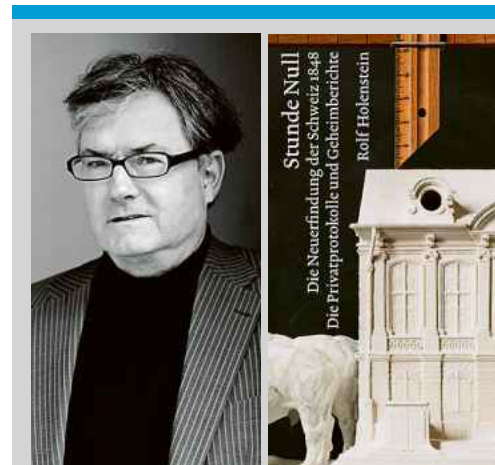


Im heutigen Restaurant zum «Äusseren Stand» wurde die Verfassung geschrieben. Foto: zfv

Die Bundesverfassung von 1848 markiert den Start einer Erfolgsgeschichte, die bis heute anhält. Schattenseiten sind das fehlende Frauenstimmrecht und die späte Judenemanzipation.

Der Schweizer Staatsgründungsakt ist eine hochbedeutende Errungenschaft für die Eidgenossenschaft – aber nicht nur für sie. Er ist auch ein europäischer Wurf. Denn der Bundesstaat von 1848 ist die einzige demokratische Republik in Europa, und das für sehr lange Zeit.

### Rolf Holenstein



#### Rolf Holenstein

Geboren 1946 in Frauenfeld, ist historiografischer Publizist. Er ist Autor der Bundesratsbiografie «Ochsenbein» und des Buches «Stunde Null». Darin zeichnet Holenstein anhand der Privatprotokolle der Teilnehmer nach, wie die Bundesverfassung im Jahr 1848 entstanden ist. Beide Werke sind im Echterzeit Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.



# 175 Jahre Bundesverfassung

Freisinniger Grundstein für eine starke Schweiz

Vor 175 Jahren erarbeiteten 23 radikal-liberale Kantonsvertreter die Bundesverfassung und schufen den modernen liberal geprägten Bundesstaat. Autor und Journalist Rolf Holenstein kennt die Entstehungsgeschichte der Bundesverfassung wie kein Zweiter. Für den «Freisinn» schreibt er exklusiv über die wichtigsten Wochen der Schweizer Geschichte und welche wichtige Rolle die Vorläufer der FDP spielten.

Die ersten stabilen, bis zum heutigen Tag bestehenden Demokratien in Europa sind die schweizerischen Kleinstaaten, die Kantone, die sich zur Zeit der französischen Juli-Revolution von 1830 neue Verfassungen geben. Ihre Existenzberechtigung beziehen sie aus dem Prinzip der Volkssouveränität.

Damit kollidieren sie mit den fünf Grossmächten, mit der «göttlichen Ordnung» und dem monarchischen Prinzip, das besagt, dass nur ein Monarch legitimer Souverän sein kann. Daraus leiten die Grossmächte das Recht zur Intervention gegen liberale, demokratische und nationale Bestrebungen ab.

Zum Vorbild für die mitteleuropäischen liberalen Bewegungen entwickelt sich die Schweiz trotzdem. Für Europas liberale Minderheiten ist sie progressive Schrittmacherin, für die konservative Elite ein hochgefährlicher demokratisch-liberaler

Ansteckungsherd, der Tausende von deutschen Untertanen (so die offizielle Bezeichnung) in Versuchung führt.

## Ochsenbeins prägende Ansprache

Die liberaldemokratischen eidgenössischen Stände sind also eine europäische Anomalie. Eine zunehmend selbstbewusste, wie der 5. Juli 1847 lehrt. Es ist der Tag, an dem Tagsatzungs- und Bundespräsident Ulrich Ochsenbein seine je nach Standpunkt berüchtigte oder berühmte Ansprache zur Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung des Jahres 1847 hält. Ochsenbein diagnostiziert eine durch neue Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik veränderte geistige und materielle Welt und daneben eine politische Welt, die nicht Schritt hält. Hierauf positioniert er die Schweiz auf einer höheren Legi-

timitätsstufe als die europäischen Mächte. Mit der Begründung, dass in den Kantonen bereits Realität sei, was «anderwärts als höchstes Ziel erst noch angestrebt» werde: das «ewig und einzig wahre Prinzip der Volkssouveränität» und «die politische Gleichheit aller Staatsbürger». Das mache die Schweiz und ihre Einwohner zur Nation. Und diese Nation werde einen demokratischen Gesamtstaat auch gegen das ausdrückliche Verbot der Grossmächte errichten. Denn diese hätten kein Recht, ihr das zu verbieten. Schliesslich sagt er den Grossmächten den baldigen Zusammenbruch aus innerer Fäulnis voraus.

## Liberal-radikaler Sieg im Sonderbundkrieg

Im November 1847 kommt es zum Sonderbundkrieg zwischen den liberal-radikalen und den katholisch-konservativen Kantonen. Die Grossmächte unterstützen Letztere, aber nicht militärisch – weil sie Aufstände im eigenen Land befürchten. Die Konservativen wollen am Status quo festhalten, namentlich an der Bestimmung, dass sämtliche Kantone im obersten Staatsorgan die gleiche Stimmkraft haben, für Uri (15 000 Einwohner) eine Stimme, für Bern (450 000 Einwohner) ebenfalls. Das würde einen künftigen demokratischen Gesamtstaat verunmöglichen. Das ist der Kriegsgrund.



Nach einem knappen Monat erkämpfen sich die Liberal-Radikalen den Sieg im Sonderbundskrieg. Er erlaubt ihnen zu tun, was sie seit Jahren wollen: aus dem losen Staatenbund von 1815 einen Gesamtstaat machen. Ob Zweikammerbundesstaat oder Einheitsstaat mit Auflösung der Kantone, das allerdings ist innerhalb der Liberal-Radikalen noch umstritten.

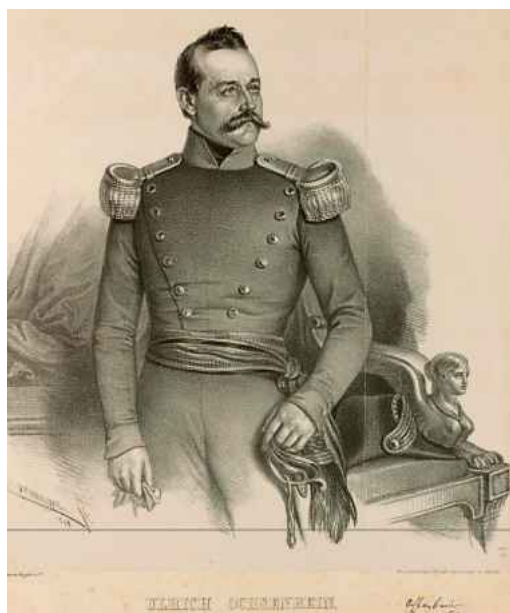
### Revolutionen in Europa

Der Neubau der Schweiz beginnt am 17. Februar 1848, 9 Uhr, im Rathaus des Äusseren Standes zu Bern. 23 Kantonsvertreter versammeln sich zur Bundesrevisionskommission. Es dominieren Juristen, Kaufleute, Mediziner und Industrielle. Also die klassisch zum radikal-liberalen Lager neigenden Berufskategorien. Die Kommission wird von Tagungs- und Bundespräsident Ochsenbein geleitet.

Da geschieht Unglaubliches, fünf Tage nach Arbeitsbeginn der Kommission. Was Präsident Ochsenbein vorausgesagt hat, tritt ein: Europa brennt! In Frankreich beginnt es mit der Februarrevolution. Binnen Monatsfrist befinden sich an die vierzig Staaten im revolutionären Umbruch. Throne wanken, Könige und Minister stürzen, Frankreichs König Louis-Philippe als Erster. Auch Metternich in Österreich.

Die Schweiz befindet sich inmitten eines vulkanisch brodelnden Staatenmagmas. Niemand kann wissen, was daraus wird. Wird man es mit friedlichen Republiken zu tun haben? Oder kommen die Könige und andere Machthaber wieder zurück?

Die Situation fordert dem Land Jahrhundert-Entscheidung ab: Es ist ein neuer Staat zu erfinden – und dieser noch gar nicht existierende Staat in einem brennenden Europa zu positionieren.



Ulrich Ochsenbein war Präsident der Revisionskommission. Foto: Burgerbibliothek Bern, Gr. B. 1647

### Libérale Schwerpunkte für den neuen Bundesstaat

Die 1847/48 erfolgreichen politischen Akteure der Eidgenossenschaft sind die Liberal-Radikalen, die Vorläufer des späteren Freisinns. Und davon vor allem jene, die sich 1848 als Mitglieder der Bundesrevisionskommission in Bern aufhalten – die meisten Kantone haben ihre obersten Magistraten in die Kommission geschickt. Und diese legen die zukunftsentscheidenden Parameter fest: demokratischer Zweikammer-Bundesstaat als neue Staatsarchitektur und bewaffnete Neutralität als Verteidigungsinstrument ausserhalb der Verfassung.

Historische Bedeutung als Verfassungsschöpfer und aussenpolitischer Kopf darf Ochsenbein für sich beanspruchen. Historisch erfolgreich operierten auch die liberalen Katholiken, indem sie Präsident Ochsenbein vertrauten und den Zweikammer-Bundesstaat als historischen Kompromiss zugunsten sowohl der katholischen Kantone als auch der ganzen Eidgenossenschaft erkannten. Und ihm zum Leben verhalfen.

Die Bundesrevisionskommission von 1848 ist die wichtigste Kommission, die die Schweiz je gehabt hat. In nur gerade 51 Tagen und 31 Sitzungen erarbeitet sie unter Ochsenbein einen derart perfekten Verfassungsentwurf, dass sowohl Kantonalinstanzen als auch die Tagsatzung nur bescheidene Retuschen anbringen. Am 12. September 1848 erklärt sie die Bundesverfassung zum neuen Grundgesetz.

### So haben die Vorfäter des Freisinns 1848 die Schweiz verändert:

- Die Verfassung von 1848 bringt das demokratische Prinzip auf Bundesebene und organisiert einen Bundesstaat mit repräsentativer Demokratie und zwei direktdemokratischen Elementen: Verfassungsinitiative und obligatorisches Verfassungsreferendum.
- Es entsteht ein föderalistisches Zweikammersystem mit National- und Ständerat.
- Sechs Bundesräte und ein Bundespräsident bilden die Exekutive.
- Es wird ein Bundesgericht geschaffen.
- Die Aussenpolitik wird Bundessache.
- Es entsteht ein Bundesheer.
- Ein einheitlicher Wirtschaftsraum wird geschaffen: durch Transfer der Binnenzölle an die Aussen Grenze, einheitliche Währung, einheitliches Mass und Gewicht, freie Niederlassung.
- Individual- und politische Freiheitsrechte sind gewährleistet.
- Der Bund kann öffentliche Werke und eine Hochschule errichten.
- Die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt wird Bundeszweck.
- Zur Gewährleistung der Kantonsverfassungen werden Mindeststandards festgelegt.

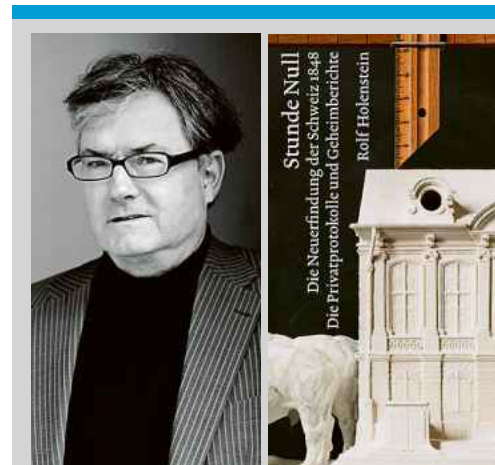


Im heutigen Restaurant zum «Äusseren Stand» wurde die Verfassung geschrieben. Foto: zfv

Die Bundesverfassung von 1848 markiert den Start einer Erfolgsgeschichte, die bis heute anhält. Schattenseiten sind das fehlende Frauenstimmrecht und die späte Judenemanzipation.

Der Schweizer Staatsgründungsakt ist eine hochbedeutende Errungenschaft für die Eidgenossenschaft – aber nicht nur für sie. Er ist auch ein europäischer Wurf. Denn der Bundesstaat von 1848 ist die einzige demokratische Republik in Europa, und das für sehr lange Zeit.

### Rolf Holenstein



#### Rolf Holenstein

Geboren 1946 in Frauenfeld, ist historiografischer Publizist. Er ist Autor der Bundesratsbiografie «Ochsenbein» und des Buches «Stunde Null». Darin zeichnet Holenstein anhand der Privatprotokolle der Teilnehmer nach, wie die Bundesverfassung im Jahr 1848 entstanden ist. Beide Werke sind im Echterzeit Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

## Kantonale Wahlen

Carmen Walker Späh feiert mit Blumen und freisinnigen Mitstreitern die Wiederwahl in den Zürcher Regierungsrat.



Der Baselbieter FDP-Präsident Ferdinand Pulver beglückwünscht Monica Gschwind zu ihrer Wiederwahl in den Regierungsrat des Kantons Baselland.



# Erfolgreicher Jahresauftakt

Die FDP legt in Zürich und Baselland zu

Die FDP setzt ihren Aufwärtstrend bei den kantonalen Wahlen in Zürich und Baselland fort. Die Präsidenten Hans-Jakob Boesch (ZH) und Ferdinand Pulver (BL) blicken auf einen intensiven Wahlkampf zurück und erläutern, wie sie den Erfolg bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober wiederholen wollen.

Das Super-Wahljahr 2023 hat aussergewöhnlich früh begonnen. Bereits am 12. Februar wurde die Bevölkerung in den Kantonen Zürich und Baselland an die Urne gerufen, um Regierung und Parlament neu zu besetzen. Für die Parteien und Kandidierenden bedeutete dies einen kurzen, aber intensiven Wahlkampf bei tiefen Temperaturen. Für die Freisinnigen in Zürich und Baselland waren dies immerhin gute Voraussetzungen, das liberale Feuer lodern zu lassen.

Im Kanton Zürich gewann die FDP 0,2 Prozent hinzu und verteidigte die bestehenden 29 Sitze im Kantonsrat. Regierungsrätin Carmen Walker Späh wurde problemlos wiedergewählt, Peter Grünenfelder hingegen gelang es nicht, die Phalanx der Bisherigen zu knacken. Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Zürich, zeigt sich mit dem Wahlausgang grundsätzlich zufrieden: «Wir konnten unseren Wähleranteil bei höherer Wahlbeteiligung steigern. Das zeigt, dass die Mobilisierung gelungen ist.» So konnte die FDP in absoluten Zahlen klar mehr Wählerinnen und Wähler erreichen als vor vier Jahren (plus 2709 bzw. plus 5,7 Prozent) und hat heute mit 50456 Wählerinnen und Wählern sogar den Stand von 2015 übertroffen (49655). Allerdings konnte die FDP nicht in allen Wahlkreisen zulegen, sondern hat teilweise auch Wählerin-

nen und Wähler verloren. Und die SVP und die SP haben klar besser mobilisiert, als dies die Umfragen vorhergesagt haben, während die neue Protestpartei «Aufrecht/Freie Liste» aus dem Stand 2,15 Prozent Wähleranteil erreichte. «Diese Punkte werden wir im Vorstand und mit den Bezirksparteipräsidien noch genauer anschauen und analysieren, was wir besser machen können und was wir von den anderen lernen können. Ziel ist es, die Mobilisierung weiter zu verbessern und noch mehr Leute davon zu überzeugen, FDP zu wählen.»

### Volkspartei FDP

Auffallend an den Kantonsratswahlen war, dass die Polparteien SP und SVP hauptsächlich in den Städten (die SP) und auf dem Land (die SVP) gewonnen haben und im gegensätzlichen Raum verloren haben. «Das macht mir aus staatspolitischer Sicht Sorge», sagt Boesch. Die FDP sei mittlerweile die einzige grössere Partei, die gleichmässig im Kanton vertreten ist. Auch im Kantonsrat präsentiert sich nach den Wahlen eine klare Trennlinie. Die Linke hat eine Mehrheit von nur gerade einer Stimme, was viel Unberechenbarkeit verspricht. «Wir werden der Linke genau auf die Finger schauen. Wenn sie überbordert, sind Referendumsabstimmungen garantiert», kündigt Boesch an.

### Zuwachs in Baselland

Auch im Baselbiet lässt sich bilanzieren: Der Einsatz hat sich gelohnt. Im Kanton Baselland legte die FDP um 1 Prozent zu und bleibt souverän drittstärkste Partei im Landrat. Regierungsrätin Monica Gschwind schaffte ungefährdet die Wiederwahl. Ferdinand Pulver, Präsident der FDP Baselland, zieht daher ein positives Fazit: «Es ist natürlich schade, dass uns kein Sitzgewinn gelungen ist. Vor vier Jahren hatten wir etwas Proporz-Glück und jetzt konnten wir die 17 Sitze problemlos bestätigen. Das zeigt, dass die Richtung stimmt.» Pulver war es ein grosses Anliegen, dass die FDP persönlich wahrgenommen werde. Ein Wahlkampf nur mittels Social Media und Briefen sei zu wenig. Folglich markierten die Baselbieter Freisinnigen in den Dörfern, Agglomerationen und Kleinstädten des Kantons Präsenz und kämpften um die Gunst der Bevölkerung. «Es braucht Ausdauer, bei tiefen Temperaturen auszuhalten und den Kontakt zu den Leuten zu suchen. Doch unsere Kandidierenden und die vielen Helfer haben das toll gemacht», lobt Pulver.

Auch die Wirksamkeit des Engagements war deutlich zu erkennen. In jenen Wahlkreisen, in denen die Ortsparteien einen besonders grossen Effort leisteten, gewann auch die FDP. Für Pulver ist das ein guter Indikator im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober: «Das zeigt, dass wir noch ungenutztes Potenzial haben, das wir mobilisieren wollen.»

Marco Wölfli





# Lösungen statt Populismus

## Ausblick auf die Frühlingssession

Altersvorsorge, Waffenexporte und Energie stehen im Zentrum der Frühlingssession. Die FDP will mit liberalen Lösungen punkten und hat mit Gegenwind von unerwarteter Seite zu kämpfen.

Es liegen grosse Herausforderungen vor uns. Für die Schweiz gilt das in vielerlei Hinsicht für die Altersvorsorge, die – wenn es so weitergeht – auf eine Wand zufährt. Die Menschen werden immer älter, doch die Parameter der Renten werden nicht oder nur sehr schleppend an die neuen Realitäten angepasst. Umso wichtiger ist, dass die FDP hier Gegensteuer gibt. Voraus gehen die Jungfreisinnigen, die eine Volksinitiative eingereicht haben, um das Rentenalter der AHV an die Lebenserwartung anzugleichen. Der Ständerat wird sich in den kommenden Wochen zum ersten Mal mit der Renteninitiative beschäftigen.

Das Parlament hat nicht nur die erste Säule auf dem Stundenplan. So geht die Reform der beruflichen Vorsorge in die entscheidende Runde. Auch die zweite Säule gilt es, aus der Schieflage zu befreien und langfristig zu sichern. Das wichtigste Mittel dafür ist die Senkung des Umwandlungssatzes. Denn im Obligatorium der beruflichen Vorsorge ist das gesetzliche Minimum der Jahresrente mit 6,8 Prozent des Kapitals viel zu hoch. Pro 100 000 Franken Kapital muss damit die Rente mindestens 6800 Franken im Jahr betragen. Die Menschen werden aber immer älter und die Zinsen sind in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken. Resultat:

eine jährliche Umverteilung von rund 5 Milliarden Franken der arbeitenden Bevölkerung zu den Rentenbezüglern. Ebenfalls muss es dem Parlament gelingen, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle zu senken, damit Teilzeitarbeitende und Geringverdiener mehr Kapital ansparen, um künftig höhere Renten zu beziehen.

Diese Fakten müssten eigentlich auch die politischen Gegner sehen. Doch statt Hand für einen Kompromiss zu bieten, führen sich SP und Gewerkschaften wie Kindergartenkinder auf und stellen Forderungen, die den Kern der zweiten Säule – das Sparen für sich selber – auszuhöhlen drohen. Schlimmer noch: Die Linke versucht, statt die Finanzierung der Renten zu sichern, weitere systemfremde Umverteilungen einzubauen.

### Viel Aufwand, wenig Wirkung

Hand für solche Spiele bietet auch die Mitte. Die ehemalige CVP wird auch in der Frühlingssession Anschauungsunterricht für Populismus mit Linksdrall liefern. So will die Mitte zusammen mit SP und Grünen einen Teuerungsausgleich für die AHV-Rentner durchboxen. Dabei gibt es dafür einen Mechanismus, der die Renten automatisch an die Inflation und die Lohnentwick-

«Die Reform der beruflichen Vorsorge geht in die entscheidende Runde.»

lung anpasst. Die Bilanz der Feuerwehrrüfung: 20 Rappen mehr am Tag für AHV-Rentner und eine salzige Rechnung von 350 Millionen Franken für uns alle. Die FDP ist für solche Spielchen nicht zu haben und wird versuchen, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten – allenfalls unter Mithilfe von einigen vernünftigen Kantonsvertretern der Mitte.

Doch nicht nur die Zukunft der Renten gilt es zu sichern. Im Nationalrat wird der sogenannte Mantelerlass beraten. Diese Gesetzesvorlage soll nichts weniger als die Zukunft der Schweizer Stromversorgung in den kommenden Jahren sichern. Wie wichtig das ist, hat nicht zuletzt der vergangene Herbst gezeigt, wo es alles andere als sicher war, dass die Schweiz für den ganzen Winter genug Strom hat. Die FDP will hier Gegensteuer geben und die Weichen richtig stellen.

Ein weiteres wichtiges Puzzleteil im Mantelerlass ist die Ausgestaltung des Marktes. Die Grundversorgung führt zu grossen Verzerrungen und riesigen Unterschieden in den Strompreisen. Dieses Problem will die FDP lösen und den Strommarkt öffnen. Eine solche Liberalisierung wäre auch ein wichtiger Schritt, um endlich mit der EU ein Stromabkommen abzuschliessen.

Dass die FDP Brücken bauen kann, wird sich wohl ebenfalls bei den Waffenexporten zeigen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat basierend auf der Motion von Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart eine Kommissionsinitiative verabschiedet. Sie fordert die Beschränkung der Nichtwiederausfuhrerklärung bei Waffenexporten an Demokratien mit vergleichbarem Exportkontrollregime auf fünf Jahre. Dies gibt dieser wichtigen Vorlage im Ständerat Rückenwind.

**Christian Steiner, Fraktionssekretär**



# Vier Kantone – hunderte motivierte Freisinnige

Ausblick auf die Wahlen in Appenzell Ausserrhoden, Genf, Luzern und Tessin

Der intensive Wahl-Frühling ist in vollem Gang. In Appenzell Ausserrhoden, Genf und Tessin tritt die FDP aus einer Position der Stärke an. In Luzern wollen die Freisinnigen die zweitstärkste Partei werden.

Nach den kantonalen Wahlen in Zürich und Basel-land (Seite 15) setzt sich die intensive Wahlphase in gleich vier Kantonen und drei Sprachregionen fort. In den nächsten Wochen ist die Stimmbevölkerung in Appenzell Ausserrhoden, Genf, Luzern und Tessin aufgefordert, ihr Kantonsparlament und ihre Kantonsregierung neu zu wählen. Die FDP hat in allen vier Kantonen eine starke Position und verfügt über eine gute Ausgangslage, diese zu halten oder sogar auszubauen.



### Weg frei für eine neue Regierungsrätin

In Appenzell Ausserrhoden war die FDP während Jahrzehnten die dominante Kraft und ist heute immer noch stärkste Partei. Bei den Regierungsratswahlen tritt die FDP mit dem Bisherigen, dem

amtierenden Landammann Dölf Biasotto, sowie Kantonsrätin Katrin Alder an. Sie soll den Sitz des zurückgetretenen Paul Signer verteidigen. Da keine Gegenkandidaturen vorliegen, dürfte ihr dies auch gelingen. Parteipräsidentin Monika Gessler ist überzeugt: «Katrin Alder ist ein Glücksfall für unsere Kantonalpartei. Durch ihre grosse politische Erfahrung im Kantonsrat und gemeinnützigen Organisationen, durch ihr Netzwerk und ihren beruflichen Hintergrund ist sie eine Idealbesetzung für den Regierungsrat. Sie denkt strategisch, politisch, betriebswirtschaftlich und hat ein Gespür für regionale Unterschiede.»

Im Kantonsrat möchte die FDP ihre 23 Sitze verteidigen. Weil die Parlamentswahlen ausser im Hauptort Herisau Majorzwahlen in den Gemeinden sind, stehen die Kandidierenden noch mehr mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Netzwerk im Fokus. «Als Kantonalpartei unterstützen wir die Ortsparteien bei der Kommunikation, Administration und bei Aktivitäten», erklärt Gessler. Eine weitere Besonderheit der Ausserrhoder Politik ist die grosse Anzahl Parteunabhängiger im Kantons-

rat. Die FDP pflege einen konstruktiven Dialog mit den Parteunabhängigen, sagt Parteipräsidentin Gessler. Eine Herausforderung sei zuweilen das nicht vorhersehbare Abstimmungsverhalten aufgrund des grossen Meinungsspektrums. In der abgelaufenen Legislatur konnte die FDP wichtige Akzente setzen, so zum Beispiel beim kantonalen Energiegesetz oder der Diskussion über die künftigen Gemeindestrukturen. Diese tragende Rolle will die FDP in Appenzell Ausserrhoden auch in der nächsten Legislatur bekleiden. Monika Gessler hat insbesondere gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie Investitionen in die Zukunft des Kantons im Blick: «Die FDP Appenzell Ausserrhoden will weiterhin progressive Schwerpunkte in der Energiepolitik setzen, gerade im Hinblick auf die Chancen für die Wirtschaft.»



### Genfer Alleingang

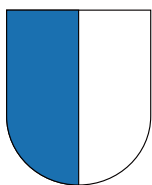
Auch 358 Autobahnkilometer südwestlich ist die FDP stärkste Kraft im Kanton und will diese Posi-



## «Die FDP hat in allen vier Kantonen eine starke Position und verfügt über eine gute Ausgangslage, diese zu halten oder sogar auszubauen.»

tion selbstredend verteidigen. «Auch wenn sich die Umstände seit 2018 verändert haben, wollen wir stärkste Partei bleiben. Die FDP hat eine solide Bilanz, ein starkes Programm und gute Kandidierende», sagt Bertrand Reich, Präsident der FDP Genf. Allerdings stehen die Genfer Freisinnigen vor einer kniffligen Aufgabe, da sie ohne Bündnispartner antreten. Bertrand Reich gibt sich dennoch zuversichtlich: «Wir haben stets Vorschläge für ein breites Bündnis gemacht. Weil es mit der Mitte keine Einigung gab, treten wir nun alleine, frei und motiviert an.» Neben der bisherigen FDP-Regierungsrätin Nathalie Fontanet will Anne Hiltbold einen zweiten FDP-Sitz erringen und dafür sorgen, dass die Genfer Regierung wieder eine bürgerliche Mehrheit erhält.

Im aktuellen Wahlkampf setzt die FDP Genf auf eine flächendeckende Präsenz ihrer Kandidierenden. Werbung auf Social Media, im öffentlichen Raum, in den Medien und persönliche Auftritte an Standaktionen und anderen Veranstaltungen. Die Botschaft dabei ist klar: Mehr Freiheit, tiefere Steuern und ein funktionierender Kanton Genf. Zudem gelte es, die Erfolge der letzten Legislatur fortzusetzen, sagt Reich. Dazu zählen verschiedene FDP-Gesetzesvorlagen, die fast einstimmig verabschiedet wurden, wie zum Beispiel die erleichterte Installation von Solaranlagen. Auch die Senkung der Vermögenssteuer fand auf Bestreben der FDP eine Mehrheit. Nach hoffentlich erfolgreichen kantonalen Wahlen will Reich den Blick auf die nationalen Wahlen richten: «Unser Wahlkampf startet bereits im Juli und das Ziel ist klar: ein Sitzgewinn von zwei auf drei im Nationalrat und einen Ständeratssitz erobern.»

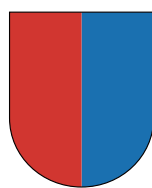


### Liberales Comeback in Luzern

Der Kanton Luzern erlebte vor vier Jahren einen veritablen Linksrutsch. SP, Grüne und GLP gewannen zusammen 14 Sitze und bescherten den Bürgerlichen eine herbe Niederlage. Die FDP Luzern setzt nun alles daran, diese Scharte auszuweiten und Parteipräsidentin Jacqueline Theiler zeigt sich zuversichtlich: «Wir treten mit starken, vielseitigen Listen an und freuen uns über die Zahl der Kandidierenden – mit 109 sind es so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr! Nur eine Korrektur reicht nicht. Es braucht eine starke liberale Kraft im Parlament, die sich sowohl für eine liberale Wirtschafts- wie auch Gesellschaftspolitik einsetzt und für den Fortschritt einsteht. Werte wie Freiheit und Eigenverantwortung sind nicht einfach gegeben. Es gilt, sie tagtäglich gegen Bevormundungs- und Ab-

schottungspolitik zu verteidigen.» In Zahlen ausgedrückt, heisst dies, die drei verlorenen Sitze von 2019 zurückzugewinnen und zweitstärkste Kraft im Kantonsrat zu werden. Im Regierungsrat strebt der Bisherige Fabian Peter seine Wiederwahl an.

Im Wahlkampf setzt die FDP Luzern auf ein breites Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern, wie Theiler sagt: «Wir konnten viele Liberale, keine Kandidierende oder Mandatsträger, finden, die bereit sind, für die FDP hinzustehen und Farbe zu bekennen. Mit unserer Kampagne zeigen wir, dass die FDP Luzern eine konstruktive vorwärts gerichtete Kraft ist, die unseren schönen Kanton mitgestalten will.» In der abgelaufenen Legislatur hat sich die FDP insbesondere für eine wirksame Energiepolitik eingesetzt. Förderung von erneuerbaren Energien durch finanzielle Anreize, vereinfachte Bewilligungsverfahren und Offenheit gegenüber neuen Technologien waren die freisinnigen Schwerpunkte für eine sichere Energieversorgung. Dabei gilt es stets, auch die guten Rahmenbedingungen für Firmen im Auge zu behalten, mahnt Theiler: «Wir müssen Sorge tragen, dass unsere Unternehmen innovativ bleiben können, was wir mit der geplanten Steuergesetzrevision angehen wollen. Diese beinhaltet im Übrigen nicht nur Abzüge für Forschung und Entwicklung, sondern auch höhere Abzüge für Fremdbetreuung. Denn Arbeit soll sich für alle lohnen. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dem Fachkräftemangel zu begegnen und für mehr Chancengleichheit zu sorgen.»



### FDP Tessin hat noch nicht genug

Das Thema Energie beschäftigt auch die Politik im Tessin und die FDP setzt sich hierbei für liberale Lösungen ein. Daneben bearbeitet die FDP Tessin Themen wie die Zukunft der Volksschule, den Arbeitsmarkt, die kantonalen Finanzen und kämpft gegen die wachsende Bürokratie. Das Tessin gehört erfreulicherweise auch zu jenen Kantonen, in denen die FDP stärkste Kraft ist. Genügsamkeit ist darob bei Parteipräsident Alessandro Spezioli kei-

nesfalls zu spüren: «Freisinnige wollen sich stets verbessern. Das heisst, wir wollen im Grossen Rat mindestens einen Sitz zulegen und bei den Staatsratswahlen, die im Proporz gewählt werden, mehr Stimmen holen als vor vier Jahren.» Obwohl die FDP im kantonalen Parlament die grösste Fraktion stellt, muss sie sich stets um Mehrheiten bemühen. Da die Parteienlandschaft stark fragmentiert ist, sind die Freisinnigen auf Allianzen angewiesen, die aber oft wechseln.



Alessandro Spezioli, Präsident FDP Tessin.

Für Parteipräsident Spezioli ist klar, dass der Erfolg der Tessiner FDP nicht nur auf der Arbeit im Parlament basiert, sondern hauptsächlich an der Basis erarbeitet werden muss: «Wir haben über 90 Ortsparteien, die informiert, besucht und motiviert werden müssen. Dazu führe ich viele Gespräche mit Verbänden, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern. Man darf sich auch als grosse Partei nie zurücklehnen, es braucht ständiges Engagement.» Der kantonale Wahlkampf ist im Tessin traditionell intensiv und generiert viel Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen ist die Stimmbeteiligung bei den kantonalen Wahlen höher als bei den nationalen Wahlen. Die Entscheide, die die Tessinerinnen und Tessiner in den nächsten Wochen treffen, haben also grosse Signalwirkung im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober.

Marco Wölfli

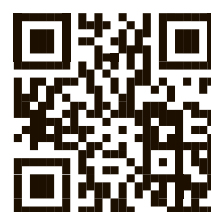
# FDP

Die Liberalen



# Wir machen die Schweiz stark!

Gemeinsam mit allen, die  
jeden Tag ihr Bestes geben.



[www.fdp.ch/spenden](http://www.fdp.ch/spenden)

**JETZT**  
spenden!



Ende Januar hat die Schweiz 390 Paletten mit Winterausrüstung für die Ukraine geliefert. Foto: VBS



## Für Sicherheit und Verlässlichkeit

Ein Jahr Ukrainekrieg offenbart Herausforderungen für die Schweiz

Seit einem Jahr herrscht wieder Krieg in Europa. Dadurch hat sich die Sicherheitslage markant verändert und die Schweiz ist vor neue Herausforderungen gestellt. Für die FDP ist klar, dass die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine uns länger beschäftigen und wir Prioritäten korrigieren müssen. Eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit der Armee sowie eine Stärkung der Energieversorgung sind unabdingbar. Hierbei übernimmt die FDP Verantwortung und bietet konstruktive Lösungen.

Heute vor einem Jahr hat sich die Sicherheitslage in Europa fundamental verändert. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Seither wurden wir Zeugen von erschütternden Geschehnissen, aber auch von der mutigen Verteidigung durch die ukrainischen Streitkräfte. Unsere Solidarität mit der Ukraine ist ungebrochen.

Die brutale Invasion wirkt sich auch auf die Schweiz aus. Uns wurde schonungslos vor Augen geführt, welche Bedeutung eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine zuverlässige Energieversorgung haben. Mit der Resolution «Weniger Polemik, mehr Strom» hat sich die FDP bereits vor Kriegsausbruch mit den Massnahmen für eine sichere Stromversorgung auseinandergesetzt. Die letzten Monate haben gezeigt, dass eine Stärkung der Energieversorgung unumgänglich ist, gerade auch im Hinblick auf den nächsten Winter. Die FDP bleibt hier am Ball.

Der Krieg in der Ukraine zwingt uns, auch die Schweizer Sicherheitspolitik neu zu denken. Die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee muss dringend verbessert werden. Mit der Studie «Ukraine – ein Weckruf für die Sicherheitspolitik» hat die FDP im September eine ausführliche Analyse präsentiert, die aufzeigt, wo die Hebel anzusetzen sind. Die Erhöhung der Mittel für die Armee sowie eine engere Kooperation mit der Nato sind notwendige Massnahmen, damit die Schweiz ihren Beitrag für die Sicherheit Europas leistet. Die Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des BIP wurde dank der FDP schon umgesetzt. Zudem wird in der kommenden Session die FDP mit einem Vorstoss die Kooperation der Schweiz mit der Nato in Angriff nehmen.

### Unterstützung der Ukraine fortsetzen

Leider ist momentan kein rasches Ende dieses Krieges in Sicht. Für die FDP ist daher klar,

dass wir die Unterstützung der Ukraine fortsetzen müssen. Dazu gehört weiterhin die humanitäre Hilfe für die Ukraine vor Ort, aber auch die Unterstützung für die ukrainischen Flüchtlinge hierzulande.

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass Sicherheit und Freiheit, aber auch Stabilität und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind. Dessen müssen wir uns auch hier bewusst sein. Angesichts der grossen Aufgaben setzt sich die FDP umso mehr für Sicherheit und eine zuverlässige Energieversorgung ein. Wir Freisinnige sind gewillt, diesen Herausforderungen mit Mut, Zuversicht und Verlässlichkeit zu begegnen – für eine starke Schweiz.

Videobotschaft von Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart.



### Postulat

Ständerat Josef Dittli (UR) hat zu Beginn der Frühlingsession ein Postulat eingereicht, um die Umsetzung einer verstärkten Nato-Kooperation im Verteidigungsbereich voranzutreiben. Er fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht darzulegen, wie eine Kooperation mit der Nato erreicht werden kann. Folgende Fragen sollen im Bericht des Bundesrats beantwortet werden:

- Wie kann das Maximum an Verteidigungskooperation unter Beibehaltung des Neutralitätsrechtes und ohne Bündnisbeitritt erreicht werden?
- Welche Mehrwerte kann die Schweiz in eine solche Kooperation einbringen?
- Was sind die möglichen Forderungen und Erwartungen der Nato gegenüber der Schweiz?
- Welche militärischen Fähigkeiten und anderweitigen Kosten und Ressourcen würden für die verschiedenen Projektteilnahmen benötigt?
- Wo besteht allfälliger Handlungsbedarf des Gesetzgebers?



Seit Jahresbeginn gehört Damian Meier dem Schwyzer Regierungsrat an. Für den bisherigen Kommandanten der Kantonspolizei ist es auch eine Art Rückkehr in die Politik. Bereits als 21-Jähriger politisierte er für die FDP im Luzerner Kantonsrat.

Nicht nur der Bundesrat, sondern auch der Schwyzer Regierungsrat hat seit Jahresbeginn zwei neue Mitglieder. Neben Xaver Schuler (SVP) trat auch der Freisinnige Damian Meier sein Amt an. Er beerbte Kaspar Michel, der nach zwölf Jahren in der Kantonsregierung zurückgetreten ist. Hinter Meier liegen intensive Monate. Im vergangenen Juni wurde er von der FDP Schwyz als Kandidat nominiert, und erst sechs Monate später wurde er im zweiten Wahlgang von den Schwyzerinnen und Schwyzern zum neuen Regierungsrat gewählt. «Es war eine intensive Zeit», sagt Meier. «Insbesondere nach dem ersten Wahlgang war ich jedes Wochenende und an vielen Abenden im Einsatz. Ich war froh, als es geschafft war, und dankbar, dass ich auf die Unterstützung meiner Familie zählen durfte.»

### **Bewusster Verzicht auf Sicherheitsdepartement**

Sein Engagement im Wahlkampf absolvierte er neben seiner Arbeit als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz, die er seit über acht Jahren führt. Dieses Amt lag ihm besonders am Herzen und hat ihn stets herausgefordert, da er nie wusste, was ihn am Morgen erwartete. «Die Polizeiwelt wird mir fehlen, aber die Nacht- und die Pikettendienste vermisse ich sicher etwas weniger», erzählt Meier. Obwohl er seit 15 Jahren für die Polizei tätig war, übernahm Meier nicht das Sicherheitsdepartement, sondern das Innendepartement. Eine bewusste Entscheidung des neu gewählten Regierungsrats: «Ich wollte nicht Vorgesetzter meines Nachfolgers werden, da bestand die Gefahr, dass ich zu stark ins operative Geschäft involviert worden wäre. Zudem ist ein thematischer Wechsel

sinnvoll und ermöglicht neue Perspektiven.» Mit dem Departement des Innern verantwortet Meier unter anderem das Sozialwesen und ist auch zuständig für die Schwyzer Spitäler, die allerdings selbstständig sind. Er wolle sich zuerst einen Überblick verschaffen und die Mitarbeitenden kennen lernen, so Meier.

### **Mehr FDP für die Schweiz**

Dass sich der neue Regierungsrat in Zukunft mit Gesundheitspolitik befasst, ist für ihn nichts komplett Neues. Zwischen 1995 und 2008 sass Meier im Kantonsrat Luzern und bearbeitete unter anderem Gesundheitsthemen, zu welchen er als Sohn eines Chefarztes einen besonderen Bezug hatte. Mit der Wahl in den Regierungsrat erfolgt für Meier gewissermassen die Rückkehr in die Politik, die ihn schon in der Jugend prägte. Aufgewachsen in einer CVP-Familie, trat er bereits mit 14 Jahren der FDP bei. Seine Verbundenheit zum Freisinn ist dementsprechend stark: «Die FDP ist für mich mehr als eine Partei. Sie garantiert die Freiheit des Individuums, der Unternehmen und des Gewerbes. Das sind wichtige Werte, und ich bin überzeugt, dass der Schweiz mehr FDP guttun würde.» Auch den Kanton Schwyz sieht Meier in einer gewissen Vorbildfunktion für andere Kantone. Schwyz sei ein Erfolgsmodell, an dem auch die FDP grossen Anteil habe. Die wirtschaftlichen und die persönlichen Freiheiten hätten einen grossen Stellenwert, was zur heutigen starken Position des Kantons geführt habe.

### **Wider dem Klischee**

Als jemand, der noch nicht sein ganzes Leben in Schwyz verbracht habe, sei sein Blick auf den Kanton ein anderer, meint Meier: «Den Schwyzerinnen und Schwyzern scheint manchmal gar nicht bewusst zu sein, dass sie hier in einem kleinen Paradies leben.» Auch das Klischee, dass die Bevölkerung Schwyz wenig offen sei, erachtet Meier als falsch: «Dass sie jemanden, der erst seit neun Jahren im Kanton lebt, in die Regierung gewählt haben, bezeugt die Offenheit der Schwyzerinnen und Schwyzer.» Dieses Vertrauen der Bevölkerung will Meier nun als Regierungsrat nutzen, um die Stärken von Schwyz zu bewahren und den komplexen Herausforderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik zu begegnen. Seine Ausdauer hat er schliesslich bereits im mehrmonatigen Wahlkampf unter Beweis gestellt.

**Marco Wölfli**



KOLUMNE

## Die unbrauchbare Migrationspolitik der SVP

Pünktlich zum Wahljahr bringt die SVP die Zuwanderung auf die politische Agenda. Es stimmt: Die Schweiz verzeichnete – auch im internationalen Vergleich – in den letzten Jahren eine hohe Zuwanderung. Diese führte dazu, dass unsere Infrastruktur wie auch unsere Gesellschaft im Generellen vor einer Herausforderung steht. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Nur, die SVP zielt stets auf das Personenfreizügigkeitsabkommen (PFZ) ab und ist dazu bereit, dieses zu kündigen. Damit nimmt sie fahrlässig in Kauf, dass wir den wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Anschluss an unsere Nachbarländer und die ganze EU verlieren. Der Scherbenhaufen der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens wäre gross. Zu gross!

Das Herumhacken der SVP auf der PFZ ist auch deshalb falsch, weil 70 Prozent der Einwandererinnen und Einwanderer aus den EU/EFTA-Staaten einen Arbeitsvertrag haben. Anders ist dies bei der Migration aus Drittstaaten (Nicht-EU-Staaten), wo der Erwerbsanteil nur bei



24 Prozent liegt. Hier gilt es, den Grundsatz «hart, aber fair» umzusetzen, so wie er an der FDP-Delegiertenversammlung im Juni 2022 verabschiedet wurde.

Wer in die Schweiz kommt und aus eigener Kraft den Arbeitsalltag bewältigen kann, sei es durch Arbeitseinkommen oder Vermögen, erhält ein Aufenthaltsrecht. Ebenfalls wer einen Asyl- oder Schutzgrund geltend machen kann. Personen, die in die Schweiz kommen, um auf Kosten

der Allgemeinheit zu leben, müssen wir aber rückschaffen. Denn nur mit dem konsequenten Vollzug unserer Ausländer- und Asylgesetzgebung können wir die Migration aus Drittstaaten dämpfen.

Wir Freisinnigen sind auch der Meinung, dass die Migration aus der PFZ gedämpft werden kann, ohne das Vertragswerk und die bilateralen Verträge zu kündigen. Dies schaffen wir, indem wir das Rentenalter in der Schweiz erhöhen und die Individualbesteuerung einführen. Beide innenpolitischen Massnahmen führen zu einer Steigerung des Angebots an Arbeitskräften in der Schweiz. Dies wiederum verringert die Nachfrage der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften und reduziert damit die Migration.

Für uns Freisinnige ist klar: Die aktuell hohe Zuwanderungsrate ist nicht nachhaltig. Es gibt gute, freisinnige Rezepte, sie zu dämpfen. Ohne dass wir einen Scherbenhaufen anrichten.

**Andri Silberschmidt**  
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

**FDP**  
Die Liberalen



**Neue Produkte**

**im FDP-Shop**



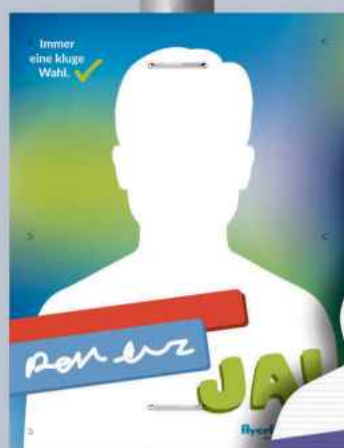
# AUS DER SCHWEIZ. FÜR DIE SCHWEIZ. WAHLWERBUNG VON FLYERLINE.

- 100% klimaneutrale, Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten (auch Expresslieferung)
- Mehrere Adressen pro Bestellung möglich
- Versandkostenfrei ab CHF 100
- Grafische Dienstleistungen

**Papierplakate** – in allen gängigen Formaten für Plakatstellen.



**ECO-Outdoorplakate**  
Umweltschonend und nachhaltig.



**Allwetterleichtplakat®**  
Freeform – in jeder Wunschform erhältlich.

**Blachen / Banner**  
Robust und auffällig



Jetzt entdecken auf  
[flyerline.ch/wahlwerbung](https://flyerline.ch/wahlwerbung)

printed in  
switzerland

Alle Produkte  
**Klimaneutral**  
ClimatePartner

**flyerline.ch**  
Mehr als eine Online-Druckerei